Niederschrift über die 41. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Montag, 27.11.2017
Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: großer Rathaussaal

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTER

Fichtner, Harald, Dr.

BÜRGERMEISTER

Siller, Eberhard
Strößner, Florian

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.
Bier, Angela
Böhm, Karola
Bruns, Gudrun
Dietel, Hans-Jürgen
Dietrich, Maximilian, Dr. ab lfd.Nr.677
Döhla, Eva
Dumann, Joachim ab lfd. Nr 677
Etzel, Thomas
Fleischer, Wolfgang
Fuchs, Heike
Herpich, Christian
Hübschmann, Michael
Kellner, Rainer
Knieling, Jürgen
Lentzen, Matthias
Lockenvitz, Felix
Mergner, Matthias
Meringer, Reinhard
Mielentz, Jörg
Rambacher, Albert bis lfd. Nr. 686
Scherdel, Bernd
Schoerner, Christine
Schrader, Ingrid
Schrader, Klaus, Dr.
Schwärzel, Heidemarie
Singer, Matthias
Ulshöfer, Jochen
Wietzel, Dieter
Wittig, Andrea
Wunderlich, Hülya
Zeh, Dominik
Zschätzsch, Bettina
Zwurtschek, Esther

Ortssprecher

Bogler, Hilmar

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Pischel, Franz

Fachbereichsleiter

Fischer, Peter

Abwesende und entschuldigte Personen:

STADTRÄTE

Hering, Andrea
Kilincsoy, Aytunc
Krassa, Michael
von Rücker, Jörg

Schriftführerin:

Ute Schörner-Kunisch

668 Eröffnung

Oberbürgermeister Dr. Fichtner eröffnet die 41. Vollsitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die weiteren Entschuldigungen von

Herrn Stadtrat Kilincsoy und
Herrn Stadtrat Krassa aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat von Rücker aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Frau Stadträtin Hering fehlt unentschuldigt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 40. Vollsitzung des Stadtrates vom 30. Oktober 2017 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Das Protokoll über die 39. Vollsitzung des Stadtrates vom 25. September 2017 wurde nicht beanstandet und gilt daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadratsmitglieder	

669 Antrag Nr. 101 der SPD-Stadtratsfraktion: Haushaltsmittel für das Jahr 2018 für verschiedene Projekte

Antragsbekanntgabe

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.11.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtkämmerei, Betriebswirtschaft, Finanzcontrolling, Beteiligung zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**670 Antrag Nr. 102 der SPD-Stadtratsfraktion:
Mehr Chancen fürs Zusammenleben**

Antragsbekanntgabe

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.11.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**671 Antrag Nr. 103 der CSU-Stadtratsfraktion:
Überprüfung der kommunalen Anforderungen aus dem Pflegegesetz und
Einrichtung einer kommunalen Koordinierungsstelle**

Der beiliegende Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 16.11.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Jugend und Soziales zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**672 Antrag Nr. 104 der CSU-Stadtratsfraktion:
Überprüfung der Personalausstattung in den Fachbereichen, die mit
Flüchtlingen und deren Integration befasst sind**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 16.11.2017 war bisher nicht in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann trotzdem verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**673 Antrag Nr. 105 durch Stadtrat Dr. Schrader, Bündnis90/Die Grünen:
Bewerbung der Stadt um das Zertifikat "citta slow"**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag des Stadtrats Dr. Schrader/ die Grünen vom 16.11.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**674 Antrag Nr.106 der SPD-Stadtratsfraktion:
Urnenstelen für den Moschendorfer Friedhof**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.11.2017 war bisher nicht in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann trotzdem verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Hoch- und Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**675 Antrag Nr. 107 durch Stadtrat Dr. Schrader, Bündnis90/Die Grünen:
Schaffung von Barrierefreiheit im Bereich der Gehwege**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag des Herrn Stadtrat Dr. Schrader, Bündnis90/ Die Grünen vom 23.11.2017 wurde bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Hoch- und Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**676 Antrag Nr. 108 durch Stadtrat Dr. Schrader, Bündnis90/Die Grünen:
Ausbau und Verbesserung des Radverkehrs**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag des Herrn Stadtrat Dr. Schrader/ Die Grünen vom 23.11.2017 wurde bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Hoch- und Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
34 Stadtratsmitglieder	

677 Umstrukturierung der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG und Erwerb von weiteren Anteilen durch die Stadt Hof

Vortrag:

Die Gesellschafter der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG halten bisher folgende Gesellschaftsanteile:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteil</u>
Stadt Hof	30 %
Landkreis Hof	20 %
Flughafen Hof-Plauen Beteiligungsverwaltungs-GmbH & Co. KG	20%
Vogtlandkreis	15 %
Stadt Plauen	10 %
Landkreis Wunsiedel i. F.	5 %

Nachdem die Stadt Plauen im Jahre 2013 ihre Beteiligung am Betriebskostendefizit eingestellt hat, übernahm der Vogtlandkreis 10 % des Defizites. Das dann noch verbleibende Defizit wurde durch Eigenkapitalzuführungen der Stadt und des Landkreis Hof im Verhältnis von 60 (Stadt Hof) : 40 (Landkreis Hof) ausgeglichen.

Der Landkreis Wunsiedel i. F. und die Flughafen Hof-Plauen Beteiligungsverwaltungs-GmbH & Co. KG leisten keine Beiträge zum Ausgleich des Betriebskostendefizites. Zudem hat die Flughafen Hof-Plauen Beteiligungsverwaltungs-GmbH & Co. KG angekündigt, dass sie einen Austritt aus der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG anstrebt, um sich zum 31.12.2017 auflösen zu können.

Der Vogtlandkreis teilte am 30.06.2016 der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG mit, dass er sich aufgrund seines Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht mehr am Betriebskostendefizit der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG beteiligen könne/wolle.

Mit Schreiben vom 15.11.2016 hat der Vogtlandkreis seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft zum 31.12.2017 gekündigt. Die Kündigung der Mitgliedschaft erfolgte gemäß § 4 Nr. 2 des Gesellschaftsvertrages fristgerecht.

Die Geschäftsführung der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG wurde durch die Flughafengremien beauftragt, in Zusammenarbeit mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und den zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden Vorschläge zur Neustrukturierung der Flughafengesellschaft zu erarbeiten.

In Abstimmung mit der bayerischen und der sächsischen Kommunalaufsicht vereinbarten die Gesellschafter der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG, dass im Rahmen eines Kurzgutachtens, das von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt wird, der Wert der einzelnen Gesellschaftsanteile zu ermitteln ist. Die Gesellschafter regeln in der Folge einvernehmlich, wie die zukünftige Anteilsverteilung innerhalb der Gesellschaft aussehen soll.

Das Kurzgutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSG kommt zusammenfassend zum Ergebnis, dass

- der nachhaltige Ertragswert der Gesellschaft negativ ist und deshalb eine alternative Berechnung erforderlich ist,
- der Liquidationswert unter Ansatz aller Liquidationskosten ebenfalls negativ ist und
- ein Abfindungsanspruch auf Grund der Kapitalkonten der Gesellschafter ebenfalls nicht gegeben ist.

Damit würde aufgrund des Jahresergebnisses 2016 den ausscheidenden Gesellschaftern nach den Regelungen des § 21 des Gesellschaftsvertrages kein Abfindungsguthaben zustehen.

Aus steuerlichen Gründen schlägt die RSG vor, dass die verbleibenden Gesellschafter die Anteile der ausscheidenden Gesellschafter zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 € /pro Gesellschafter erwerben.

Um eine Gleichbehandlung aller Gesellschafter zu erreichen, sollten sich nach Auffassung der Geschäftsführung der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG, alle in der Flughafengesellschaft verbleibenden Gesellschafter dazu verpflichten, sich in Zukunft entsprechend ihres Gesellschaftsanteiles am Betriebskostendefizit zu beteiligen.

Durch die Stadt Hof wäre nunmehr zu entscheiden, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe sie die Anteile der ausscheidenden Gesellschafter übernimmt.

In Anlehnung an die bisherige Regelung zum Defizitausgleich wäre vorstellbar, dass Stadt und Landkreis Hof die Anteile der ausscheidenden Gesellschafter im Verhältnis 60 (Stadt Hof) : 40 (Landkreis Hof) übernehmen, was für die Stadt Hof einen Kaufpreis von 0,60 € / pro Gesellschafter bedeuten würde.

Offen ist derzeit noch, ob die Stadt Plauen in der Gesellschaft verbleiben will, ohne sich am Defizit der Gesellschaft entsprechend zu beteiligen.

Einen entsprechenden Beschluss hat der Landkreis Hof am 06.11.2017 bereits gefasst.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Hof übernimmt 60 % der Anteile der ausscheidenden Gesellschafter, soweit sich der Landkreis Hof bereit erklärt, 40 % der Anteile der ausscheidenden Gesellschafter zu übernehmen.
2. Die Stadt Hof erwirbt die zur Disposition stehenden Gesellschaftsanteile zu einem Betrag von 0,60 € / Gesellschafter bis maximal 1 € / Gesellschafter.
3. Die Stadt Hof sichert zu, dass sie sich am jährlichen Betriebskostendefizit mit dem Prozentanteil beteiligt, der ihrem prozentualen Anteil an den Gesellschaftsanteilen entspricht, und leistet in dieser Höhe Einlagen in die Gesellschaft.

Aussprache:

Oberbürgermeister D r. F i c h t n e r ergänzt, dass im Flughafenbeirat und im Haupt- und Finanzausschuss am vergangen Montag die Angelegenheit diskutiert worden sei. Er erinnert an die Diskussion über die Ausbaupläne und die Bemühungen Mitgesellschafter zu gewinnen. Mittlerweile hätte man seit dem endgültigen Scheitern der Ausbaupläne eine andere Geschäftsgrundlage. Bislang sei das Miteinander ein gutes gewesen, aber nun sei der Punkt erreicht, die Rechtslage der bereits seit Jahren bestehenden Realität anzupassen, die durch das Ansiedeln neuer Geschäftspartner (BMW) und dem Absinken des Defizits in den letzten Jahren entstanden sei.

Herr Stadtrat L e n t z e n führt aus, dass der Flughafen nun eine einfachere Struktur bei kleinerem Defizit erhalten soll. Insgesamt sei der Flughafen trotz des fehlenden Ausbaus eine gute Sache für die Region. In den letzten Jahren sei gut gewirtschaftet worden, um das Defizit dieser wichtigen Infrastruktureinrichtung auf einen möglichst niedrigen Wert für die Gesellschafter zu bringen, nicht zuletzt durch

das sehr gute Vertragsverhältnis mit BMW. Der Verkehrslandeplatz mit seinen 8000 Starts und Landungen pro Jahr sei ein wichtiger Standortfaktor für die Region und die ansässigen Industriebetriebe. Nachdem nun die beiden Gesellschafter gekündigt hätten, sei es gemeinsame Aufgabe von Stadt und Landkreis Hof, die Gesellschaftsanteile zu erwerben und das verbleibende Defizit zu tragen. Abschließend dankt er den beiden Geschäftsführern Hermann Seiferth und Klaus-Jochen Weidner sowie den ausscheidenden Gesellschaftern für die Unterstützung und teilt mit, dass die CSU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

Für Frau Stadträtin S c h o e r n e r sei es Zweierlei, einen Flughafen zu haben und einen Flughafen zu unterhalten und zu finanzieren. Sicherlich hätte man BMW, darüber sei man froh, allerdings würde BMW nur die Fläche benötigen. Die ausscheidenden Gesellschafter würden klug handeln, wenn sie aussteigen und sich nicht mehr an den Betriebskostendefiziten beteiligen würden. Über den Sinn, den Nutzen und den Mehrwert des Flughafens für die Stadt und den Landkreis Hof könne man streiten, ebenso könne man über die Finanzierung und das Betriebskostendefizit streiten. Mit einer weiteren Übernahme von Anteilen würde für die Stadt auch das Betriebskostendefizit steigen. Wie es mit BMW weitergehe müsse man sehen und gleichzeitig überlegen, ob man die Nutzung auch anderweitig ausbauen könne. Es wäre an der Zeit, neu zu überdenken, ob die öffentliche Hand den Flughafen weiterhin tragen könne oder ob man sich davon trennen soll und das Betriebskostendefizit auf null senken könne. Wer den Flughafen privat nutzt soll diesen auch bezahlen und nicht die Stadt Hof. Es wäre ähnlich, wenn man die Zuschüsse für den Flughafen in den Stadtbus investieren würde und die Monats- und Jahreskarten damit finanzieren würde. Zu Bedenken gibt sie noch, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSG festgestellt hätte, dass der nachhaltige Ertragswert der Gesellschaft negativ sei. Die Entgeltordnung für Starts und Landungen sei aus dem Jahr 2014 und somit anpassungswürdig. Hier sehe sie auch die Möglichkeit, dass der Flughafen seine Einnahmen durch höhere Gebühren steigern könne. Ein Ausstieg der Stadt Hof sei aufgrund der Bindung an die Plan B-Mittel nicht möglich, allerdings sei fraglich, ob nicht die Übernahme der jährlichen Defizite am Ende höher sei als die Rückerstattung. Ungleichhöher seien die Übernahme der Defizite und der Folgekosten im Gegensatz zum symbolischen Übernahmepreis von 1 €. Daher lehne sie die Beschlussvorlage ab.

Herr Stadtrat D r. S c h r a d e r erläutert, dass sich Bündnis90/Die Grünen für diese Legislaturperiode vorgenommen hätte, den Zuschuss jährlich um 100.000 € zu senken. Die Gesellschafter sollten selber wirtschaftlicher arbeiten, damit am Ende einmal die schwarze Null stünde. Einiges hätte sich durch die Umschichtung der Gesellschafterstruktur getan, dafür sei der Zuschussbedarf leider wieder etwas höher. Er möchte wissen, wie hoch der Deckungsbeitrag der Start- und Landegebühren an den Unkosten im Vergleich zu anderen Flughäfen wie Bamberg oder Coburg sei. Könne man hier den Deckungsbeitrag erhöhen? Er frage sich, ob man nicht den gleichen Zuschussbedarf auch der HofBus GmbH zur Verfügung stellen könne, um das Angebot für den ÖPNV zu verbessern. Er lehne ebenfalls die Beschlussvorlage ab.

Herr Stadtrat E t z e l schließt sich den Ausführungen von Frau Schoerner und Herrn Dr. Schrader vollinhaltlich an. Er frage sich, welchen gesellschaftlichen Mehrwert dieser Landeplatz habe. Mit ca. 25 Starts und Landungen am Tag halte sich das Aufkommen doch sehr in Grenzen. Vor allem handle es sich um Einzelflieger bzw. Maschinen mit wenigen Passagieren an Bord. Daher sehe es nicht ein, weshalb die Stadt Hof, abgesehen von der Problematik mit möglichen Rückzahlungen an den Freistaat, diesen Flughafen weiter betreiben soll. Auf dieser Basis hätte es für ihn keinen Sinn, daher lehne er den Beschlussvorschlag ab.

Herr Stadtrat D u m a n n stellt fest, dass, so lange er im Stadtrat sei, der Streit um den Flughafen andauern würde. Worin man sich immer einig gewesen sei, sei die Notwendigkeit des Flughafens für die Hofer Wirtschaft im Gegensatz zu den Ausbauplänen. Er glaube, dass der Flughafen auch heute noch von Bedeutung für die Hofer Wirtschaft sei. Er sei der Meinung, dass man an die Nutzer herantreten möge, ob nicht auch von diesen zu gegebener Zeit ein finanzieller Beitrag kommen könne. Diese wissen genau, wie wichtig der Flughafen für ihr Unternehmen sei. Die FAB-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Frau Stadträtin D ö h l a erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. So lange die Betriebskosten geringer seien, wie die Kosten, die eine mögliche Schließung verursachen würde, sei es sinnvoll und gerechtfertigt. Eine schwarze Null sei natürlich wünschenswert aber nicht in greifbarer Nähe. Den Flughafen müsse man hinsichtlich der Nutzung, auch durch die Wirtschaft, immer im Auge behalten.

Herr Stadtrat M e r i n g e r erläutert, dass man es bei den gegebenen Rahmenbedingungen so akzeptieren müsse. Es sei ein vernünftiger Vorschlag. Man müsse versuchen, mehr Mittel zu akquirieren.

Herr Stadtrat K e l l n e r möchte auf die Diskussion in der Vergangenheit zum Flughafenausbau hinweisen. Die zwei Männer, die damals das Sagen gehabt hätten, seien dafür verantwortlich, dass Hof heute keinen ausgebauten Flughafen hätte. Man sei damals davon überzeugt gewesen, dass man die Linie mit dem Charter hätte bezahlen können. Er vermisse bei den Kollegen, die dagegen stimmen wollen, die Stellungnahme zum Plan B. Man hätte einen Vertrag mit dem Freistaat Bayern. Wenn man den Flughafen schließe, müsse man Millionen an den Freistaat Bayern zurückzahlen. Er bitte die Kollegen, an die Konsequenzen zu denken, wenn man schließen würde.

Oberbürgermeister D r. F i c h t n e r versichert, dass die Geschäftsführung des Flughafens in der nächsten Sitzung des Flughafenbeirates vor Weihnachten einmal erläutert, ob es bei der Entgeltordnung und dem Deckungsbeitrag noch, wie in der Aussprache angesprochen, Möglichkeiten gäbe.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Stadtrat mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen (Stadträte Etzel, Dr. Schrader und Schoerner) dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

* * *

mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 3

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
34 Stadtratsmitglieder	

**678 Hospitalstiftung Hof;
Aktualisierung des haushaltsrechtlichen und personalwirtschaftlichen
Stellenplanes 2017**

Vortrag:

Der personelle Aufwand zur Erledigung der einer Gemeinde obliegenden Aufgaben ist im Stellenplan nachgewiesen. Als haushaltsrechtlicher Stellenplan nach Art. 64 Abs. 2 Satz 2 GO, § 2 Abs. 1 Nr. 4 und § 6 Abs. 1 bis 5 KommHV ist er Teil des Haushaltsplanes und bildet die Grundlage für das jeweilige Haushaltsjahr; außerdem weist er die erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte i.S.d. TVöD) aus. Er bildet damit als Teil der Haushaltswirtschaft den Finanzrahmen für die Personalwirtschaft. Im personalwirtschaftlichen Stellenplan erfolgt eine Personalplanung für einen mehrjährigen überschaubaren Zeitraum.

Während für die Änderung des haushaltsrechtlichen Stellenplanes eine Beschlussfassung des Stadtrates und die Aufnahme in die Haushaltssatzung erforderlich sind, genügt für eine Änderung des personalwirtschaftlichen Stellenplanes die Beschlussfassung des Stadtrates.

Nach § 6 Abs. 1 der Satzung der Hospitalstiftung Hof wird die Stiftung von der Stadt Hof nach den Bestimmungen des Stiftungsgesetzes vertreten und verwaltet. Die Vertretung und Verwaltung der Stiftung obliegt den nach der Gemeindeordnung zuständigen Organen der Stadt.

Bereits im Zuge der Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates 2008 wurde die Zuständigkeit über die Vorberatung des Stellenplanes der Hospitalstiftung auf den damals neu gebildeten Stiftungsausschuss übertragen.

Über den haushaltsrechtlichen und personalwirtschaftlichen Stellenplan 2017 wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates am 12.12.2016 ein Beschluss gefasst.

In der damaligen Sitzungsvorlage wurde darauf „hingewiesen, dass ab 1.1.2017 ein neues Eingruppierungsrecht im TVöD gilt. In diesem Zusammenhang muss der gesamte Stellenplan der Hospitalstiftung Hof überarbeitet und teilweise Stellen in eine andere Eingruppierung überführt werden.“

Erste Informationen darüber hatten damals sowohl die Hospitalstiftung Hof als auch die Stadt Hof erst vor wenigen Wochen erhalten. Deshalb wurde bereits damals auch davon ausgegangen, dass die „Überarbeitung wird sich deshalb in das Jahr 2017 erstrecken und ggf. rückwirkend ab 1.1.2017 in Kraft treten muss. Zu gegebener Zeit wird dann ein neuer Stellenplan durch die Stiftungsverwaltung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

In diesem Zusammenhang bestand über einen längeren Zeitraum im Jahr 2017 Unklarheit, welche Änderungen für die Hospitalstiftung Hof einschlägig sind. Mit den neuen Eingruppierungsvorschriften soll insgesamt die Tätigkeit in der Pflege – vor allem für Führungskräfte sowie Spezialisten – attraktiver gemacht werden. Dazu wurde die bisherige Kr.-Tabelle durch eine P-Tabelle ersetzt.

Die Stiftungsverwaltung hat deshalb erst Stellungnahmen des kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern und eine Tagung der AfA-Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GbR (München) abgewartet und sich danach auch mit anderen Stiftungs- bzw. Stadtverwaltungen, die über Pflegebeschäftigte verfügen, in Verbindung gesetzt.

Nach diesen Erkenntnissen wird der nunmehr vorliegende neue Stellenplan 2017 rückwirkend ab 1.1.2017 in Kraft gesetzt. Es wird in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass die für Pflegebeschäftigten der Hospitalstiftung Hof nach dem jeweiligen einzelnen Arbeitsvertrag eine

Bezugnahme auf die Vorschriften des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) vereinbart wurde. Insofern liegt hier in allen Fällen (mit Ausnahme der Heimleitung des Seniorenhauses Christiansreuth) eine Tarifautomatik bezüglich der Anwendung der neuen P-Tabellenentgelte vor.

Folgende Änderungen sind sowohl im haushaltsrechtlichen als auch im personalwirtschaftlichen Stellenplan 2017 – gegenüber dem ursprünglichen Stellenplan 2017 – der Hospitalstiftung Hof neu zu beschließen:

Seniorenhaus Am Unteren Tor

1. Ergotherapeuten (bisher Entgeltgruppe 8 VKA)

Gemäß den neuen Eingruppierungsrichtlinien sind staatlich anerkannte Ergotherapeuten, die mindestens zur Hälfte ergotherapeutische Tätigkeiten bei Patientinnen oder Patienten mit Demenz ausüben, nach Entgeltgruppe 9b VKA zu vergüten. Dies betrifft die Stellen 910406000, 910406100, 910406200 und 910406300.

Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 9.200 €

2. Betreuungsassistenten (bisher Sondervergütung)

Mit den Betreuungsassistenten wurde bisher eine außertarifliche Vergütung vereinbart, angelehnt an den diesbezüglichen Kostenersatz der Pflegekassen. Hier ist beabsichtigt, ab dem 01.01.2017 der Empfehlung des KAV Bayern zu folgen und eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 2 VKA vorzunehmen. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 910406401, 910406402, 910406403, 910406404, 910406405, 910406406 und 910406407.

Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 6.200 €

3. Küchenleitung (bisher Entgeltgruppe 9)

Die Stelle der Küchenleitung ist der Entgeltgruppe 9a TVöD-VKA zuzuordnen. Stellenplan-Nr. 910403000.

Es entstehen keine Mehrkosten.

4. Stationshilfe (bisher Entgeltgruppe Kr. 3a = P5)

Die vergütungsgleiche Überleitung zum 01.01.2017 ist in Entgeltgruppe P5 erfolgt. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 910404900.

Es entstehen keine Mehrkosten.

5. Pflegehelfer, Pflegefachhelfer/in (bisher Entgeltgruppe Kr. 3a = P5)

Die vergütungsgleiche Überleitung zum 01.01.2017 ist in Entgeltgruppe P5 erfolgt. Gemäß den neuen Eingruppierungsrichtlinien sind Pflegehelfer mit mindestens einjähriger Ausbildung und entsprechender Tätigkeit nach Entgeltgruppe P6 zu vergüten. Bei Neueinstellungen kann es sich jederzeit um Pflegefachhelfer handeln. Um häufige Änderungen am Stellenplan im Helferbereich zu vermeiden, wird vorgeschlagen, generell jede bisherige Stelle als Altenpflegehelfer/in oder Stationshilfe vergütet nach Kr. 3a, in Pflegehelfer/in, Pflegefachhelfer/in vergütet nach P5-P6 zu ändern. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 910402400, 910402401, 910402402, 910402403, 910402404, 910402405, 910402406, 910402407, 910402700, 910402800, 910404500, 910404600, 910404700, 910404800, 910406500, 910406600, 910406700, 910406800, 910406900, 910407000, 910407100, 910407110.

Es entstehen keine Mehrkosten, da aktuell keine Pflegefachhelfer im Seniorenhaus Am Unteren Tor tätig sind.

6. Altenpfleger/in, Nachtwache (bisher Entgeltgruppe Kr. 7a = P7)

Die vergütungsgleiche Überleitung zum 01.01.2017 ist in Entgeltgruppe P7 erfolgt. Für Altenpfleger und Altenpflegerinnen gibt es in der neuen Entgeltordnung keine neuen Eingruppierungsvorschriften. Die Änderung von Kr. 7a in P7 betrifft folgende Stellenplan-Nr.: 910401200, 910401400, 910401600, 910401700, 910401800, 910401900, 910402000, 910402100, 910402200, 910402300, 910402310, 910402320, 910402330, 910402340, 910402350, 910402360, 910402370, 910402380, 910402500, 910402600, 910406400.

Es entstehen keine Mehrkosten.

7. Wohnbereichsleitungen (bisher Entgeltgruppe Kr.9b = P10)

Beschäftigte als Stationsleiterinnen oder Stationsleiter sind zukünftig nach Entgeltgruppe P12 zu vergüten. Stellenplan-Nr. 910401100, 910401300 und 910401500.

Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 10.200 €

8. **Pflegedienstleitung (bisher Entgeltgruppe Kr.9c = P11)**

Die Pflegedienstleitung (lt. Eingruppierungsvorschriften Bereichsleitung) ist zukünftig in Entgeltgruppe P14 einzugruppieren. Stellenplan-Nr. 910401001
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 4.100 €

Seniorenhaus Christiansreuth

1. **Betreuungsassistenten (bisher Sondervergütung)**

Mit den Betreuungsassistenten wurde bisher eine außertarifliche Vergütung vereinbart, angelehnt an den diesbezüglichen Kostenersatz der Pflegekassen. Hier ist beabsichtigt, ab dem 01.01.2017 der Empfehlung des KAV Bayern zu folgen und eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 2 VKA vorzunehmen. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 911306401, 911306402, 911306403, 911306404, 911306405, 911306406, 911306407, 911306408, 911306409, 911306410.
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 6.800 €

2. **Hauswirtschaftliche Präsenzkraft (bisher Sondervergütung)**

Im Dementenwohnbereich war der Einsatz von hauswirtschaftlichen Präsenzkraften geplant. Diese sollten die üblichen Reinigungstätigkeiten ausführen, allerdings zusätzlich in der Betreuung und Beschäftigung der Bewohner mitarbeiten. Es hat sich nunmehr herausgestellt, dass in den vorgegebenen Arbeitszeiten lediglich die Reinigungstätigkeiten erledigt werden können und die Betreuung und Beschäftigung durch geschulte Betreuungsassistenten ausgeführt wird. Die Eingruppierung soll künftig entsprechend in Entgeltgruppe 2 VKA erfolgen. Die Bezeichnung ist dann Hausgehilfe/Hausgehilfin. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 911303510, 911303520, 911303530.
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 5.300 €

3. **Stationshilfe (bisher Entgeltgruppe Kr. 3a = P5)**

Die vergütungsgleiche Überleitung zum 01.01.2017 ist in Entgeltgruppe P5 erfolgt. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 911302500, 911302600. Es entstehen keine Mehrkosten.

4. **Pflegehelfer, Pflegefachhelfer/in (bisher Entgeltgruppe Kr. 3a = P5)**

Die vergütungsgleiche Überleitung zum 01.01.2017 ist in Entgeltgruppe P5 erfolgt. Gemäß den neuen Eingruppierungsrichtlinien sind Pflegehelfer mit mindestens einjähriger Ausbildung und entsprechender Tätigkeit nach Entgeltgruppe P6 zu vergüten. Bei Neueinstellungen kann es sich jederzeit um Pflegefachhelfer handeln. Um häufige Änderungen am Stellenplan im Helferbereich zu vermeiden, wird vorgeschlagen, generell jede bisherige Stelle als Altenpflegehelfer/in oder Stationshilfe vergütet nach Kr. 3a, in Pflegehelfer/in, Pflegefachhelfer/in vergütet nach P5-P6 zu ändern. Dies betrifft die Stellenplan-Nr. 911301900, 911302000, 911302100, 911303800, 911305200, 911305300, 911305400, 911305500, 911305600, 911305700, 911305710, 911305720, 911305730, 911305740, 911305750, 911305760, 911305770.
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 1.100 € (aktuell 3 Pflegefachhelfer)

5. **Altenpfleger/in, Nachtwache (bisher Entgeltgruppe Kr. 7a = P7)**

Die vergütungsgleiche Überleitung zum 01.01.2017 ist in Entgeltgruppe P7 erfolgt. Für Altenpfleger und Altenpflegerinnen gibt es in der neuen Entgeltordnung keine neuen Eingruppierungsvorschriften. Die Änderung von Kr. 7a in P7 betrifft folgende Stellenplan-Nr.: 911301300, 911301400, 911301500, 911301600, 911301700, 911301800, 911302400, 911303600, 911303700, 911303710, 911303720, 911303730, 911303740, 911303750, 911303760, 911303770, 911302200
Es entstehen keine Mehrkosten.

6. **Wohnbereichsleitungen (bisher Entgeltgruppe Kr.9b = P10)**

Beschäftigte als Stationsleiterinnen oder Stationsleiter sind zukünftig nach Entgeltgruppe P12 zu vergüten. Stellenplan-Nr. 911301070, 911301100 und 911301200.
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 22.500 €

7. **Pflegedienstleitung (bisher Entgeltgruppe Kr.9c = P11)**

Die Pflegedienstleitung (lt. Eingruppierungsvorschriften Bereichsleitung) ist zukünftig in Entgeltgruppe P14 einzugruppieren. Stellenplan-Nr. 911301050.
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 7.400 €

8. **Heimleitung (bisher Entgeltgruppe 10 VKA)**

Mit den neuen Eingruppierungsrichtlinien erfahren vor allem die Leitungskräfte in der Pflege enorme Stellenaufwertungen. Die neue Eingruppierung der Pflegedienstleitung in Entgeltgruppe P14 ist

vergleichbar mit der Entgeltgruppe 11 VKA. Aus diesem Grund ist die Heimleitung in die Entgeltgruppe 11 VKA höherzugruppieren (hier erfolgte auch ein Vergleich mit der Eingruppierung in anderen bayerischen Pflegeheimen, die den TVöD anwenden), Stellenplan-Nr. 911301000.
Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 3.700 €

Forstbetrieb

Die Stelle des Forsttechnikers ist nach Entgeltgruppe 9a TVöD-VKA zu vergüten (bisher Entgeltgruppe 9), Stellenplan-Nr. 910200100.

Es entstehen keine Mehrkosten.

Seniorenwohnanlagen und Seniorentagesstätten

Die Stelle der Seniorenbetreuerin ist dem Tarifbereich Sozial- und Erziehungsdienst zuzuordnen und dort nach Entgeltgruppe S11b zu vergüten.

Voraussichtliche Mehrkosten in 2017: rd. 500 €

Verwaltung

Die Stelle Verwaltung der Forsten, Heime, Wohnungen und Kasse mit der Stellenplan-Nr. 900000200 ist der Entgeltgruppe 9a TVöD-VKA (bisher Entgeltgruppe 9) zuzuordnen.

Die Stelle Personal mit der Stellenplan-Nr. 900000400 (Personalsachbearbeitung) ist der Entgeltgruppe 9b TVöD-VKA zuzuordnen.

Die Stelle Buchhaltung, Steuern, Vollstreckung mit der Stellenplan-Nr. 900000700 ist der Entgeltgruppe 9a TVöD-VKA (bisher Entgeltgruppe 9) zuzuordnen.

Es entstehen keine Mehrkosten.

Beschlussvorschlag:

Vorgeschlagen wird den vorstehend dargestellten Änderungen des Stellenplanes 2017 (ab 1.1.2017) der Hospitalstiftung Hof zuzustimmen.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Stiftungsausschuss stimmt der Stadtrat einstimmig dem Stellenplan zu.

Der Stellenplan bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
34 Stadtratsmitglieder	

**679 Hospitalstiftung Hof;
Wirtschaftspläne für die Seniorenhäuser Christiansreuth und
Am Unteren Tor 2018**

Vortrag:

Nach § 2 der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Pflegeeinrichtungen (WkPV) besteht der Wirtschaftsplan aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1 und 6 der Kommunalhaushaltsverordnung (KommHV) der Vorbericht und der Finanzplan und nach § 9 Abs. 1 WkPV der neueste Jahresabschluss beizufügen.

Der Erfolgsplan enthält die zu erwartenden Erträge und die zu leistenden Aufwendungen, der Vermögensplan u.a. die Tilgungsleistungen und alle Ausgaben, die sich aus Änderungen des Anlagevermögens ergeben.

Der Wirtschaftsplan für das Seniorenhaus Christiansreuth für das Jahr 2018 schließt wie folgt ab:

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	3.055.400 €
in den Aufwendungen mit	<u>3.053.200 €</u>
und weist damit einen Jahresüberschuss von aus,	2.200 €
 im Vermögensplan	
in den Einnahmen mit	27.130 €
in den Ausgaben mit	27.130 €
und ist damit ausgeglichen.	

Der Wirtschaftsplan für das Seniorenhaus Am Unteren Tor für das Jahr 2018 schließt wie folgt ab:

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	4.269.500 €
in den Aufwendungen mit	<u>4.252.500 €</u>
und weist damit einen Jahresüberschuss von aus,	17.000 €
 im Vermögensplan	
in den Einnahmen	152.400 €
in den Ausgaben	152.400 €
und ist damit ausgeglichen.	

Die den Wirtschaftsplänen beigefügten Vorberichte sowie die Erläuterungen zu den Erträgen und Aufwendungen beinhalten Informationen zu den kalkulierten Ergebnissen.

Die jeweiligen Aufwendungen und Erträge wurden vorsichtllich kaufmännisch kalkuliert!

Die Mitglieder des Stiftungsausschusses haben die Entwürfe der Wirtschaftspläne (Erfolgs- und Vermögensplan mit Anlagen) samt Erläuterungen zur Vorberatung erhalten.

Beschlussvorschlag:

Die beiden vorstehend aufgeführten Wirtschaftspläne für die Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor für das Jahr 2018 werden mit den aufgeführten Abschlussbeträgen beschlossen.

Die in den Anlagen zu dieser Sitzungsvorlage enthaltenen Finanzpläne 2018 der beiden Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor für den Finanzplanungszeitraum 2017 bis 2021 werden ebenfalls mit den aufgeführten Beträgen beschlossen.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Stiftungsausschuss stimmt der Stadtrat einstimmig den Wirtschaftsplänen für die Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor für das Jahr 2018 zu.

Die Wirtschaftspläne der Seniorenhäuser samt ihren Anlagen bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
34 Stadtratsmitglieder	

680 Hospitalstiftung Hof; Haushaltsrechtlicher und personalwirtschaftlicher Stellenplan 2018

Vortrag:

Der personelle Aufwand zur Erledigung der einer Gemeinde obliegenden Aufgaben ist im Stellenplan nachgewiesen. Als haushaltsrechtlicher Stellenplan nach Art. 64 Abs. 2 Satz 2 GO, § 2 Abs. 1 Nr. 4 und § 6 Abs. 1 bis 5 KommHV ist er Teil des Haushaltsplanes und bildet die Grundlage für das jeweilige Haushaltsjahr; außerdem weist er die erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte i.S.d. TVöD) aus. Er bildet damit als Teil der Haushaltswirtschaft den Finanzrahmen für die Personalwirtschaft. Im personalwirtschaftlichen Stellenplan erfolgt eine Personalplanung für einen mehrjährigen überschaubaren Zeitraum.

Während für die Änderung des haushaltsrechtlichen Stellenplanes eine Beschlussfassung des Stadtrates und die Aufnahme in die Haushaltssatzung erforderlich sind, genügt für eine Änderung des personalwirtschaftlichen Stellenplanes die Beschlussfassung des Stadtrates.

Nach § 6 Abs. 1 der Satzung der Hospitalstiftung Hof wird die Stiftung von der Stadt Hof nach den Bestimmungen des Stiftungsgesetzes vertreten und verwaltet. Die Vertretung und Verwaltung der Stiftung obliegt den nach der Gemeindeordnung zuständigen Organen der Stadt.

Im Zuge der Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates 2008 wurde die Zuständigkeit über die Vorberaterung des Stellenplanes der Hospitalstiftung auf den damals neu gebildeten Stiftungsausschuss übertragen.

Sowohl im haushaltsrechtlichen als auch im personalwirtschaftlichen Stellenplan der Hospitalstiftung Hof 2018 werden gegenüber dem geänderten (aktualisierten) Stellenplan 2017 keine Änderungen vorgenommen.

Beschlussvorschlag:

Vorgeschlagen wird, dem vorgelegten Stellenplan 2018 zuzustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich der Empfehlung des Stiftungsausschusses an und stimmt dem vorgelegten Stellenplan einstimmig zu.

Der Stellenplan bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
34 Stadtratsmitglieder	

**681 Wirtschaftsplan der Hospitalstiftung Hof und Wirtschaftspläne der sonstigen Stiftungen sowie Wirtschaftspläne für die Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor der Hospitalstiftung Hof für das Jahr 2018;
Finanzpläne der Hospitalstiftung Hof 2018 sowie der beiden Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor der Hospitalstiftung Hof 2018**

Vortrag:

Die Entwürfe des Wirtschaftsplanes der Hospitalstiftung Hof und die Wirtschaftspläne der sonstigen Stiftungen sowie die Wirtschaftspläne für die beiden Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor der Hospitalstiftung Hof wurden den Stadtratsfraktionen übersandt.

Der Stiftungsausschuss hat in seiner Sitzung am 08.11.2017 die Empfehlung ausgesprochen, die Pläne in der jetzt vorliegenden Fassung dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die vorliegende Fassung der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschafts- und des Finanzplanes der Hospitalstiftung (einschl. beider Seniorenhäuser) sowie die Wirtschaftspläne der sonstigen von der Stadt Hof verwalteten enthalten für 2018 keine Kreditaufnahmen. Allerdings ist im Finanzplan der Hospitalstiftung Hof für 2018 ein innerer Kredit von den Seniorenhäusern in Höhe von 1.200.000 € vorgesehen (dies stellt jedoch auch nach Rechtsauffassung der Stiftungsaufsicht einen inneren Vorgang in der Hospitalstiftung Hof und keinen Kredit nach Art. 71 GO dar).

Der Erfolgsplan der Hospitalstiftung Hof schließt mit einem Überschuss in Höhe von 487.230 € ab (Veranschlagung 2017: 485.050 €). Der Vermögensplan in Höhe von 1.521.740 € (2017 veranschlagt: 1.777.740 €) wird durch eine Entnahme aus der Freien Rücklage von 300.000 € (für evtl. Immobilienerwerb) und durch Vermögensumschichtungen (finanziert ebenfalls aus der Freien Rücklage) von 121.740 € sowie durch eine Entnahme aus der Projektmittlrücklage in Höhe von 1.100.000 € ausgeglichen (Veranschlagung 2017: Entnahmen aus der Freien Rücklage von 300.000 €, Vermögensumschichtungen von 134.740 €, Entnahme aus der Projektmittlrücklage von 1.338.000 € und Verkäufe von 5.000 €).

Für den Bauunterhalt wurden 294.500 € (2017: 301.600 €) und für Bauinvestitionen wurden insg. 1.100.000 € (2017: 1.338.000 €) bei der Hospitalstiftung veranschlagt (ohne Veranschlagungen in den Wirtschafts- und Vermögensplänen beider Seniorenhäuser sowie bei den sonstigen von der Stadt Hof verwalteten Stiftungen).

Im Vermögenshaushalt der Hospitalstiftung Hof wurde ein Betrag von 300.000 € für den Erwerb von Grundstücken veranschlagt (2017: 300.000 €). Hierbei handelt es sich - wie in den Vorjahren - um eine Eventualposition. Soweit darüber hinaus größere Grundstückserwerbe vorgenommen werden sollen, muss der Erlass einer evtl. Nachtragshaushaltssatzung geprüft werden.

Die mittelfristige Finanzplanung der Hospitalstiftung Hof für die Jahre 2017 - 2021 weist in den jährlichen Erfolgsplänen jeweils Überschüsse auf. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Vermögenspläne gleichen sich aus. Für 2019 ist eine interne Kreditaufnahme in Höhe von 1.200.000 € vorgesehen, die jedoch nicht als Kreditaufnahme im Sinne von Art. 71 GO bewertet wird (weitere Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen). Im gesamten Finanzplanungszeitraum sind Vermögensumschichtungen bzw. Entnahmen aus Rücklagen vorgesehen. Auf Veranschlagungen im Zusammenhang mit dem "Betreuten Wohnen an der Plauener Straße" wurde weiterhin verzichtet (vorrangig ist das Vorhaben in Christiansreuth). Für den Erwerb von Grundstücken wurden in den Jahren 2018 bis 2021 jeweils jährlich 300.000 € - als Eventualposition - veranschlagt.

Beschlussvorschlag:

1. Der nach Art. 70 GO und § 24 KommHV-K aufzustellende Finanzplan der Hospitalstiftung Hof wird in der Fassung vom 13.11.2017 sowie die Finanzpläne der beiden Seniorenhäuser Christiansreuth und Am Unteren Tor in der jeweiligen Fassung vom 08.11.2017 werden gemäß Art. 32 Abs. 2 Nr. 5 GO **b e s c h l o s s e n**.

2. Auf Grund des Art. 20 Abs. 3 des Bayer. Stiftungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.09.2008 und in sinngemäßer Anwendung des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Stadt Hof folgende

Haushaltssatzung

§ 1

(1) Die als Anlage beigefügten Haushaltspläne der von der Stadt Hof verwalteten rechtsfähigen Stiftungen für das Haushaltsjahr 2018 werden hiermit festgesetzt. Sie schließen wie folgt ab:

(2) Hospitalstiftung Hof

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan der Hospitalstiftung Hof für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt, er schließt ab:

im Erfolgsplan
in den Erträgen mit 3.197.340 €
in den Aufwendungen mit 2.710.110 €
und weist damit einen Jahresüberschuss von 487.230 €

und im Vermögensplan
in den Einnahmen und Ausgaben mit 1.521.740 €

1. Alumneumstiftung Hof

im Ergebnishaushalt mit
dem Gesamtbetrag der Erträge von 5.850 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 4.670 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von 1.180 €

2. J. M. Heerdegen'sche Rettungshausstiftung in Hof

im Ergebnishaushalt mit
dem Gesamtbetrag der Erträge von 0 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 270 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von -270 €

4. Von Osten'sche Waisenhausstiftung Hof

im Ergebnishaushalt von
dem Gesamtbetrag der Erträge von 22.100 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 15.250 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von 6.850 €

5. Stiftung zur Förderung von Schülern und Schülerinnen an weiterführenden Schulen in der Stadt Hof (Schülerförderstiftung)

im Ergebnishaushalt von
dem Gesamtbetrag der Erträge von 7.200 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 5.250 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von 1.950 €

6. Vereinigte Stiftungen für Wohlfahrtszwecke in der Stadt Hof (mit Wilhelm-Prinzing-Zustiftung)

im Ergebnishaushalt von
dem Gesamtbetrag der Erträge von 92.550 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 63.020 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von 29.530 €

(3) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Seniorenhauses Christiansreuth für das Wirtschaftsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt, er schließt ab:

im Erfolgsplan
in den Erträgen mit 3.055.400 €
in den Aufwendungen mit 3.053.200 €
und weist damit einen Jahresüberschuss von 2.200 €
aus

und im Vermögensplan
in den Einnahmen und Ausgaben mit 27.130 €

(4) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Seniorenhauses Am Unteren Tor für das Wirtschaftsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt, er schließt ab:

im Erfolgsplan
in den Erträgen mit 4.269.500 €
in den Aufwendungen mit 4.252.500 €
und weist damit einen Jahresüberschuss von 17.000 €

und im Vermögensplan
in den Einnahmen und Ausgaben mit 152.400 €

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wird auf 1.800.000 € festgesetzt.

§ 4

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen werden nicht beansprucht.

§ 5

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich einstimmig der Empfehlung des Stiftungsausschusses an und stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Die Wirtschaftspläne der von der Stadt Hof verwalteten rechtsfähigen Stiftungen und der Wirtschaftsplan der Hospitalstiftung Hof für das Haushaltsjahr 2018 mit dem Finanzplan bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

einstimmig beschlossen

Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
34 Stadtratsmitglieder	

682 Hospitalstiftung Hof; Beteiligungsbericht 2016 (Stand 31.12.2016)

Vortrag:

Nach Art. 20 Abs. 3 Bayer. Stiftungsgesetz gelten für die kommunalen Stiftungen die Vorschriften der Gemeindeordnung (GO) über die Gemeindegewirtschaft entsprechend. Das bedeutet, dass auch für die Hospitalstiftung nach Art. 94 Abs. 3 GO ein Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen ist, wenn ihr mindestens 5 v. H. der Anteile des Unternehmens gehören.

Dieser Bericht ist dem Stadtrat vorzulegen. Es muss ortsüblich darauf hingewiesen werden, dass jeder Einsicht nehmen kann.

Der Bericht stellt sicher, dass die Hospitalstiftung Hof bzw. die Stadt Informations- und Kontrollbefugnisse auch dann ausübt, wenn sie nicht selbst, sondern ein von ihr kontrolliertes Unternehmen in Erfüllung der Aufgaben der Hospitalstiftung Hof tätig wird.

Derzeit besteht für die Hospitalstiftung Hof nur eine einzige Beteiligung, nämlich an der „Hospitalstiftung Hof ambulanter Pflegedienst gemeinnützige GmbH“.

Der vorgelegte Bericht über das Wirtschaftsjahr 2016 (Stand 31.12.2016) beruht auf den vorgelegten Jahresabschlüssen und enthält insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des Stiftungszwecks
- die Beteiligungsverhältnisse
- die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft und
- die Ergebnisse der vorgelegten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen.

Beschlussvorschlag:

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

Der anliegende Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2016) ist Bestandteil dieser Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich der Empfehlung des Stiftungsausschusses an und beschließt einstimmig den vorgelegten Beteiligungsbericht.

Der Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2016) bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

**683 Vollzug des Ladenschlussgesetzes – LadSchIG -;
Antrag der Firma Möbelcenter biller GmbH auf Festsetzung eines verkaufsoffenen
Sonntags für die Verkaufsstellen im Gewerbegebiet Moschendorf
anlässlich des vom Stadtmarketing Hof e. V. geplanten Winter-Erlebnistages
mit Eröffnung des Erlebnispfades in Moschendorf am 14.01.2018**

Vortrag:

Mit Schreiben vom 09.10.2017 hat die Firma Möbelcenter biller GmbH bei der Stadt Hof beantragt, anlässlich des am 14.01.2018 in Hof/Moschendorf stattfindenden sog. „Winter-Erlebnistages“ mit Eröffnung des Erlebnispfades Moschendorf im Gewerbegebiet Moschendorf, einen verkaufsoffenen Sonntag festzusetzen. Die Möbelhäuser biller, Homa-Wohnwelt und Möbel-SB-Halle seien aktiv in den Winter-Erlebnistag eingebunden und daran maßgeblich beteiligt. Der vom Stadtmarketing Hof e. V. für den Winter-Erlebnistag prognostizierte erhebliche Besucherandrang erfordere die Offenhaltung der dortigen Verkaufsstellen.

Das Stadtmarketing Hof e. V. plant, im Bereich der Landschaftsschleife, zwischen dem Untreusee und dem Gewerbegebiet Moschendorf, auf einem ca. 2 km langen Rundkurs, einen Erlebnispfad für die ganze Familie zu errichten. Hier soll an verschiedenen Elementen Natur und Physik zum Anfassen und selbst Ausprobieren geboten werden. Der Pfad soll Elemente aus den Bereichen Naturwissenschaft, Umwelt, Sport und Gesundheit sowie Heimat- und Sachkunde enthalten. Er soll bis zum 14.01.2018 zunächst mit vier bis fünf Erlebnisstationen bestückt und dann nach und nach erweitert werden.

Zum Winter-Erlebnistag am 14.01.2018 sollen Familien, Vereine, Mitglieder der Gesundheitskassen, usw. aufgefordert werden, den neuen Erlebnisparcours in Moschendorf einzuweihen und auszuprobieren. Die bis dorthin fest installierten vier bis fünf Elemente sollen durch mehrere temporäre Stationen ergänzt werden, an denen besondere Tagesaktionen zum Mitmachen und Ausprobieren angeboten werden. Diese temporären Stationen sollen sich zu gleichen Teilen am Parcours sowie in den Möbelhäusern biller, Homa und SB-Möbelhalle befinden. In den Möbelhäusern sollen v. a. heiße Getränke, Hofer Schmankerln, Gesundheitsdrinks usw. angeboten werden.

Die Finanzierung des Erlebnispfades sowie des Winter-Erlebnistages in Moschendorf erfolgt durch die Firmen biller, Homa und SB-Halle. Der Parcours soll nachhaltig auf öffentlichem Grund angelegt werden und kann auch nach dem 14.01.2018 von jedermann kostenlos genutzt werden.

Das Stadtmarketing Hof e. V. prognostiziert für die beschriebene Veranstaltung eine Besucherzahl von mehreren Tausend und stützt sich dabei auf Erfahrungen aus ähnlich strukturierten Veranstaltungen, wie z. B. den Tag der Franken 2016, den Hofer Herbstmarkt und den Handwerkermarkt mit Deutsch-Tschechischem Freundschaftstag.

Beim geplanten Wintererlebnistag soll durch die Hochschule Hof eine Besucherzählung, -befragung und –analyse durchgeführt werden.

§ 14 Abs. 1 LadSchIG ermöglicht die Freigabe von maximal vier verkaufsoffenen Sonntagen pro Jahr aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen. Voraussetzung ist nach der aktuellen Rechtsprechung, dass der Markt und nicht die Ladenöffnung den öffentlichen Charakter des Tages prägt. Folglich muss der Markt bzw. die ähnliche Veranstaltung für sich genommen einen erheblichen Besucherstrom anziehen, der die zu erwartende Zahl der Ladenbesucher übersteigt. Diesbezüglich ist eine fundierte Prognose darüber anzustellen, wie viele Besucher überwiegend aufgrund des Marktes bzw. der ähnlichen Veranstaltung und wie viele nur aufgrund der Ladenöffnung zum Veranstaltungsort kommen werden (BayVGH-Urteil vom 18.05.2016).

Das Stadtmarketing Hof e. V., der Fachbereich 80 – Wirtschaftsförderung -, die Kirchen beider Konfessionen und die Gewerkschaft ver.di wurden mit Schreiben vom 16.10.2017 zu der beantragten Ladenöffnung im Gewerbegebiet Moschendorf am 14.01.2018 angehört.

Die Gewerkschaft ver.di äußerte sich mit Schreiben vom 18.10.2017 zu dem Vorhaben. Sie führte aus, dass sie es bedenklich fände, dass die Stadt Hof erneut erwägt, einen verkaufsoffenen Sonntag zuzulassen, obwohl sich die Aufsichtsbeschwerde der ver.di bei der Regierung von Oberfranken bzgl. der Dauerfestsetzung der Ladenöffnung zum Herbstmarktsonntag noch in der Prüfung befände. Hier sollte zunächst der Abschluss der Prüfung durch die Regierung von Oberfranken abgewartet werden, denn mit Sicherheit müsse der Umgang mit der Thematik verkaufsoffene Sonntage durch die Stadt Hof aufgrund der geltenden Rechtsprechung generell überdacht werden. Die ver.di zweifelt überdies an, dass es aufgrund des Winter-Erlebnistages am 14.01.2018 zu einer erhöhten Nachfrage nach Möbeln kommt. Es scheine deutlich, dass hier eigentlich das Offenhalten der Verkaufsstellen und nicht die Veranstaltung im Vordergrund stehe. Sollte sich die Stadt Hof über die geltende Rechtsprechung auch künftig hinwegsetzen, werde die Gewerkschaft ver.di über eine Klage ernsthaft nachdenken. Auch reiche eine Schätzung als Prognose über den zu erwartenden Besucherstrom nicht aus.

Das Evang.-luth. Dekanat Hof meldete mit Schreiben vom 27.10.2017 grundsätzliche Bedenken gegen die Ausweisung eines verkaufsoffenen Sonntages in Hof-Moschendorf am 14.01.2018 an, da Sonntage nach christlichem Verständnis als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erholung grundsätzlich geschützt seien. Zudem sei fraglich, ob die Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntags anlässlich eines Winter-Erlebnistages von drei Möbelhäusern überhaupt rechtens sei, da die neueste Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes im Hinblick auf das grundsätzlich gebotene Mindestniveau des Sonn- und Feiertagsschutzes dahingehend auszulegen sei, dass die prägende Wirkung der Veranstaltung gegenüber der typischen werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung überwiegen müsse. Es sei sehr in Frage zu stellen, ob diese prägende Wirkung bei dem geplanten Winter-Erlebnistag der Fall sei.

Die katholische Kirche, Herr Pfarrer Fiedler, schloss sich per E-Mail vom 02.11.2017 den Ausführungen der evangelischen Kirche vollumfänglich an.

Das Stadtmarketing Hof e. V. äußerte per E-Mail vom 02.11.2017, dass zum Winter-Erlebnistag ein erheblicher Besucherandrang aus der gesamten Region erwartet werde. Die Veranstaltung fände zu gleichen Teilen am Erlebnispfad und in den Möbelhäusern statt. Die Besucher müssten die Möglichkeit haben, sich aufzuwärmen und zu versorgen. Deshalb werde die Ladenöffnung als zwingend notwendig und erforderlich angesehen.

Der Fachbereich 80 – Wirtschaftsförderung – teilte mit E-Mail vom 09.11.2017 mit, dass das Konzept zur Errichtung eines Erlebnispfades in Moschendorf v. a. auf lange Sicht außerordentlich begrüßt werde. Zur Einweihung der Anlage am 14.01.2018 sei sicherlich mit einem großen Zuspruch aus der Bevölkerung zu rechnen, sodass die Öffnung von Ladengeschäften in Moschendorf als sinnvoll erachtet werden könne.

Die Verwaltung sieht nach Würdigung der eingeholten Stellungnahmen die Ladenöffnung anlässlich des Winter-Erlebnistages in Hof-Moschendorf am 14.01.2018 nicht als gerechtfertigt an. Die Prognose, dass mehrere tausend Besucher nur aufgrund des Winter-Erlebnistages nach Hof-Moschendorf kommen werden, scheint nicht realistisch. Der Vergleich mit anderen Großereignissen in Hof, wie dem Tag der Franken oder dem Herbstmarkt, ist hier nicht nachvollziehbar, da diese jeweils in wärmeren Jahreszeiten stattfinden und auch einen erheblich größeren Umfang aufbieten.

Es ist nicht ersichtlich, dass die Besucher des Winter-Erlebnistages Bedarf an der Versorgung mit Möbeln haben.

Die Einrichtung von temporären Erlebnisstationen in den Möbelhäusern (überwiegend Stände mit Speisen und Getränken) ist ein unmissverständliches Indiz dafür, dass die Besucher eben gerade dorthin gelockt werden sollen.

Beobachtungen aus den Vorjahren zur jeweiligen Ladenöffnung bei den Moschendorfer Möbelhäusern anlässlich des „Wintermarktes“ der Firma biller bzw. den anderen Moschendorfer Möbelhäusern zeigten, dass der jeweils vorausgesagte Besucherstrom sich nicht in der Form bewahrheitete, nicht zuletzt auch deshalb, weil der jeweils angekündigte Umfang der Marktveranstaltung weit unterschritten wurde, insbesondere im Vorjahr.

Die große Mehrzahl der Besucher kam offensichtlich überwiegend zum ausgiebigen Bummeln und Einkaufen in den Möbelhäusern. Zählungen der Firma Biller aus den Vorjahren bezogen sich auch jeweils nur auf die im Möbelhaus gezählten Besucher.

Möbelhäuser eignen sich im Übrigen generell nicht dazu, die Versorgung eines erheblichen Besucherstroms sicherzustellen, da dort überwiegend nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs angeboten werden.

Die Verwaltung empfiehlt folgenden

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Firma Möbelcenter Biller GmbH vom 09.10.2017 auf Zulassung einer Ladenöffnung im Gewerbegebiet Moschendorf anlässlich des Winter-Erlebnistages am 14.01.2018 durch den Stadtrat abzulehnen.

Aussprache:

Herr Stadtdirektor P i s c h e l führt aus, dass die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses in ihrer Sitzung am 20.11.2017 mehrheitlich den Vorschlag der Verwaltung abgelehnt hätten und eine Öffnung der Geschäfte am 14.01.2018 befürworten würden. Somit sei zunächst über diese Empfehlung gem. § 31 Abs. 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung abzustimmen. Sofern dafür mehrheitlich gestimmt werden sollte, wäre die Folge, wie bereits in der Vorberatung erläutert, dass dann eine entsprechende Rechtsverordnung beschlossen werden müsste, andernfalls wäre eine neuerliche Abstimmung in der Sitzung des Stadtrates im Dezember erforderlich.

Herr Stadtrat H e r p i c h erklärt, dass die CSU-Fraktion unterschiedlicher Auffassung sei. Er möchte daran erinnern, dass die vier verkaufsoffenen Sonntage in der Vergangenheit bereits im Vorfeld festgelegt gewesen wären und somit eine derartige Diskussion nicht hätte stattfinden müssen. Die Pro und Contra Argumente seien umfassend bekannt. Die CSU-Fraktion werde heute mehrheitlich gegen den Vorschlag der Verwaltung stimmen, sich also für den verkaufsoffenen Sonntag aussprechen.

Herr Stadtrat D r. A d e l t erläutert, dass die Diskussion immer wieder aufkomme, sofern die Gesetzgeber keine klaren Vorgaben machen würden. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass die Stadt Hof alles ermöglichen müsse, um ihre Attraktivität zu steigern. Hof sei das Einkaufszentrum zwischen Nürnberg und Leipzig bzw. zwischen Bayreuth und Plauen – das wolle man auch bleiben. Diesmal ginge es aber nicht um das Einkaufen sondern um die Eröffnung des Wintererlebnisparks, das ein sonstiges Ereignis darstellen würde, das als Anlass für einen verkaufsoffenen Sonntag gelte. Die Besucher müssten sich dort aufhalten und auch gepflegt werden, daher sei die Öffnung der Möbelhäuser in unmittelbarer Nähe des Erlebnisparks gerechtfertigt. Der Untreusee könne im Winter durchaus auch eine weitere Aufwertung gebrauchen. Die Stellungnahmen der Kirchen sei jedes Jahr die gleiche und mache den Anschein, dass sie als Textbaustein erfolgen würde.

Diese Aussage von Herrn Dr. Adelt wurde im Verlauf der weiteren Diskussion von mehreren Rednern der anderen Fraktionen und Parteien, teilweise erheblich, kritisiert.

Weiterhin führt er aus, dass die Gewerkschaften die Rechte der Verkäufer und Verkäuferinnen schützen müsse. Auch dies sei eine wiederholte Argumentation und würde sich auf die diversen Urteile berufen.

Für ihn würden folgende Gründe für den verkaufsoffenen Sonntag sprechen:

Zum einen sei die Eröffnung der Erlebnisparks ein besonderes Ereignis. Weiterhin liege die Begrenzung auf den Ort des Ereignisses vor, die Innenstadt bleibe geschlossen. Es sei ein Event, das die Öffnung rechtfertigen würde und die Gesamtzahl von 4 verkaufsoffenen Sonntagen würde nicht überschritten sondern maximal ausgeschöpft, d.h. man würde sich im rechtlichen Rahmen befinden. Die Zählung der Besucher erfolge diesmal durch die Hochschule Hof, die auch eine Befragung durchführen würde und das ganze am Ende analysieren würde. Seines Erachtens nach seien alle Voraussetzungen erfüllt, die die Rechtsprechung derzeit zulassen würde. Man würde sich somit nicht rechtswidrig verhalten. Die SPD-Fraktion sei größtenteils der Auffassung, dass der Fa. Biller im Rahmen dieses Events, Eröffnung des Erlebnisparks, die Ladenöffnung gestattet werden sollte. Auch das Argument, dass die Möbelhäuser nicht zur Versorgung der Besucher da seien, gelte nicht, da mittlerweile alle Möbelhäuser von der Bevölkerung zum Mittagessen bzw. Kaffeetrinken gerne aufgesucht würden.

Die SPD-Fraktion werde sich mehrheitlich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses anschließen und den Vorschlag der Verwaltung ablehnen. Gleichzeitig beantragt die SPD-Fraktion, dass dem Antrag der Fa. Biller stattgegeben werde.

Frau Stadträtin **B r u n s** stellt klar, dass die Entscheidung über den verkaufsoffenen Sonntag immer dem Gewissen des einzelnen Stadtrats unterliegen würde. Die FAB-Fraktion werde ebenfalls unterschiedlich abstimmen. Trotzdem müsse man immer einen Weg finden, der der Sache gerecht werde.

Herr Stadtrat **D r. D i e t r i c h** sei der Meinung, dass die Verwaltung die Aufgabe gehabt hätte, nach dem Gesetz zu entscheiden. Hier ginge es nicht um das Gesetz allein sondern auch um den Sonntag als solchen, der unter dem Schutz des Gesetzes stünde. Er selbst werde sich der Entscheidung der Verwaltung anschließen.

Herr Stadtrat **D u m a n n** verdeutlicht, dass man jedes Jahr die gleiche Diskussion hätte. Ihm wäre es lieb gewesen, wenn man die vier verkaufsoffenen Sonntage behalten hätte. Für ihn seien alle Erklärungen dazu scheinheilig. Man solle dazu stehen, dass ein Event geplant sei, das allerdings nie als Begründung für einen verkaufsoffenen Sonntag ausreichen würde. Die Interessen der Möbelhäuser seien eindeutig.

Frau Stadträtin **S c h o e r n e r** möchte sich im Wesentlichen den Ausführungen von Herrn Dr. Dietrich und Herrn Dumann anschließen. Zu Bedenken gebe sie, dass das Weihnachtsgeschäft zum Termin am 14.01.2018 bereits drei Wochen zurückliegen würde und es somit offensichtlich sei, dass es hier um das Nach-Weihnachtsgeschäft gehen würde.

Bei aller Fürsprache für diesen Erlebnisparcour sei sie dennoch der Meinung, dass man diese Eröffnung auch an einem Samstag hätte durchführen können. Bei allem Verständnis für die Möbelhäuser müsse man auch die Mitarbeiter sehen, die erst den Weihnachtsstress hätten aushalten müssen. Die Kollegen der SPD wolle sie daran erinnern, wen sie im ursprünglichen Sinn einmal vertreten hätten.

Herr Stadtrat **E t z e l** werde für den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen, da er die aktuelle Rechtsprechung schlicht und einfach wiedergeben würde. Er sei erstaunt, wie fahrlässig teilweise von den Gegnern der Beschlussvorlage mit der Verfassung umgegangen werde; dies halte er für bedenklich.

Abschließend führt Oberbürgermeister **D r. F i c h t n e r** aus, dass der Einzelhandel bereits mehrfach an die Gesetzgeber appelliert hätte, eine konkrete Regelung zu erlassen. Man halte sich jedes Mal die Verfassung und das Dritte Gebot vor, obwohl man andere Aufgaben hätte. Persönlich komme er zu der Entscheidung, mit voller Wertschätzung der Argumente von Kirche und Gewerkschaft und bei Abwertung der Gesamtinteressen, dass der verkaufsoffene Sonntag den Einzelhandelsstandort Hof stärken würde und er werde sich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses anschließen.

Sodann lässt der Vorsitzende gem. § 31 Abs. 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung über die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzulehnen, abstimmen:

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich mit 22:15 Stimmen der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an und lehnt mehrheitlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Nun verliest der Vorsitzende die nachfolgend zu beschließende Rechtsverordnung, über die der Stadtrat wie folgt beschließt:

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich mit 23:14 Stimmen die Rechtsverordnung der Stadt Hof über die Offenhaltung der Verkaufsstellen anlässlich von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen anlässlich des Winter-Erlebnistages mit Eröffnung des Erlebnispfades in Moschendorf am 14.01.2018 (Stand: 20.11.2017).

Die Rechtsverordnung bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

mehrheitlich beschlossen
Ja 23 Nein 14

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

**684 Erweiterung Rathaus;
Baumeisterarbeiten;
Auftragsvergabe**

Vortrag:

Der Rathausanbau zur Unterbringung der Bediensteten des Stadtbauamtes wurde in der Vollsitzung des Stadtrates am 26.10.2015 mit dem Grundsatzbeschluss Nr. 280 beschlossen.

Mit ihrem Schreiben vom 16.10.2016 stimmt die Regierung von Oberfranken einer Kreditaufnahme für das Bauvorhaben zu. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn wurde mit dem Schreiben vom 05.10.2017 durch die Regierung von Oberfranken erteilt.

Die Baumeisterarbeiten wurden im Rahmen eines offenen Verfahrens nach § 3 a EU Abs. 1 VOB/A. ausgeschrieben.

Die zu vergebenden Leistungen umfassen die gesamten Baumeisterarbeiten einschließlich der notwendigen Arbeiten in den beiden Tiefgaragengeschossen und die Bauwerksöffnung im Bestand zur Verbindung des Neubaus mit dem bestehenden Rathaus Klosterstrasse 1-3.

Zum Submissionstermin am 19.10.2017 lagen 4 Angebote vor.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgte durch die Stadt Hof, FB 60 – ZAV (rechnerische Prüfung) und FB 66 – Hochbau (fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung).

Danach ergeben sich folgende Angebotssummen:

1. Karl Roth Baumeister GmbH & CO.KG, 95632 Wunsiedel	1.829.848,72 €
2. AS-Bau Hof GmbH, 95032 Hof	1.975.425,98 €
3. SP Bau GmbH, 08485 Lengenfeld	2.049.370,77 €
4. Dechant hoch-u. ingenieurbau GmbH, 96260 Weismain	2.151.088,33 €

Der Bieter, der das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, besitzt die nach § 16 b EU VOB/A erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit und verfügt über ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel.

Die Angebotssumme von 1.829.848,72 € liegt im Rahmen der Gesamtkostenberechnung.

Die erforderlichen Mittel für die Durchführung der Maßnahme stehen auf der Haushaltsstelle 06000.94020 (Erweiterung Rathaus) zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, den Auftrag für die Baumeisterarbeiten Bauabschnitt I an die Karl Roth Baumeister GmbH & CO.KG, 95632 Wunsiedel, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, in Höhe der Angebotssumme von

1.829.848,72 €

inkl. Mehrwertsteuer zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

Aussprache:

Herr Stadtrat U l s h ö f e r sieht in der geplanten Rathausenerweiterung die wirtschaftlichste Möglichkeit. Alle anderen Alternativen, Anmietung bzw. Sanierung, seien reichlich geprüft und diskutiert worden. Als Privatmann wisse man, dass es immer am besten sei, wenn man Eigentum schaffe. Wichtig sei für die CSU, dass diese Rathausenerweiterung mit der Priorität Nr. 1 stehe. Die Stadt Hof sei nicht nur eine Behörde, die nach außen gegenüber dem Bürger tätig werde, sondern sie sei auch Arbeitgeber. Dies sei in der Diskussion leider öfters vergessen worden. Die im Bauamt vorherrschenden veralteten Arbeitsverhältnisse seien in der Privatwirtschaft undenkbar. Man schaffe neben den zeitgemäßen Arbeitsplätzen auch ein behindertengerechtes Rathaus.

Für Herrn Stadtrat K e l l n e r sei es heute bei dieser Abstimmung aus bautechnischer Sicht am interessantesten, dass die Vergabe an eine einzige Firma als Gesamtvergabe, also ohne einzelne Lose, erfolgen würde. Besonders betonen möchte er, in Anlehnung an seinen Vorredner, dass der Rathausanbau in erster Linie für die Unterbringung der Mitarbeiter im Bauamt erfolgen würde und erst in zweiter Linie sei er für die Bürger gedacht, damit diese barrierefrei ins Hofer Rathaus gelangen könnten. Er sei darauf angesprochen worden, dass die „grüne Lunge der Innenstadt“ (derzeitige Grünfläche hinter dem Rathausgebäude) zerstört werden würde. Dem könne er nicht zustimmen und weißt gleichzeitig darauf hin, dass auch beim Neubau ein wunderbarer grüner Innenhof und eine begrünte Karolinenstraße vorgehen seien. Der Innenhof biete sich für Veranstaltungen geradezu an. Die SPD-Fraktion werde der Auftragsvergabe bis auf eine Stimme zustimmen.

Frau Stadträtin B r u n s möchte den Standpunkt der FAB noch einmal herausstellen. Man wolle ein Quartiersgarage im Rathausviertel um die notwendigen Parkflächen zu schaffen, die für eine zusätzliche Behörde im Rathaus notwendig seien. Dies sei die Voraussetzung für die Zustimmung der FAB zum Rathausanbau. Hier hätte die Stadtverwaltung noch nicht ihre Hausaufgaben gemacht. Man akzeptiere die demokratische Entscheidung für den Rathausanbau, auch wenn sich die FAB aufgrund von vorhandenen Sachzwängen dagegen ausgesprochen hätte. Man hätte immer wieder darauf hingewiesen, dass der Mindeststandard, nämlich zusätzliche Parkplätze, erfüllt sein müsse. Obwohl versichert worden sei, dass hierzu Vorbereitungen getroffen worden seien, hätte man bis heute keine Informationen dazu erhalten, was mit einer Quartiersgarage geschehen soll. Deshalb wird die FAB-Fraktion die Auftragsvergaben für den Rathausneubau so lange geschlossen ablehnen, bis eine konkrete Planung für diese Quartiersgarage vorliege.

Herr Stadtrat M e r i n g e r fragt sich, ob es eine Charakterschwäche sei, seine Meinung einmal zu ändern, wenn sich die Gesamtrahmenbedingungen geändert hätten. Er appelliert an alle, dass trotz des gefassten Grundsatzbeschlusses, noch einmal über den Rathausanbau neu nachgedacht und geplant werden soll. Der geplante Anbau solle für die nächsten 30 Jahre den Ansprüchen genügen. Die Sanierung des Bauamtes würde Geld sparen, die „Rathausoase“ und die Parkplätze blieben erhalten. Er fordere, sich im Herbst 2018 - zeitgleich mit der Landtagswahl - einem Bürgervotum zu stellen. Die Stadtentwicklung müsse den Einwohnerzahlen in den nächsten zwanzig Jahren angepasst werden, ebenso müsse man die fortschreitende Digitalisierung berücksichtigen.

Herr Stadtrat D u m a n n betont, dass sich sein Nein nicht nur auf die Parkplatzsituation beschränken würde, er sei von Anfang an gegen den Grundsatzbeschluss gewesen und werde dies auch bis zum Schluss bleiben.

Herr Stadtrat E t z e l hält fest, dass er zwar gegen den Rathausanbau gewesen sei, sich aber heute dieser Beschlussvorlage anschließen werde, da er keine Ablehnungsgründe gegen die Auftragsvergabe erkennen könne.

Oberbürgermeister D r. F i c h t n e r verdeutlicht, dass es hier lediglich um eine Vergabe gehen würde. Wer dafür plädiert, sich der Vergabe zu widersetzen, würde indirekt zum Rechtsbruch auffordern, da der Mindestbietende einen Anspruch auf einen Zuschlag hätte und sich die Stadt Hof somit schadenersatzpflichtig machen würde. Er weist darauf hin, dass Planungen zur Quartiersgarage beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept – Programmjahr 2018 – unter Nr. 39 mit 2,5 Millionen Euro unter dem Tagesordnungspunkt 13 heute noch zur Abstimmung anstehen würden.

Frau Stadträtin B r u n s äußert, dass man im Prinzip einer Meinung sei. Aber um ein bisschen mehr Schwung in die Sache zu bringen, müsse man schon seine Forderungen übertreiben.

Oberbürgermeister D r. F i c h t n e r sei erfreut darüber, dass man bei dieser Vergabe im Kostenrahmen geblieben sei. Auf die Frage, weshalb es denn so lange gedauert hätte möchte er Herrn Conrad

von der Bauverwaltung loben, der die Arbeit sauber vorbereitet hätte. Eine Kostensicherheit sei beim derzeitigen Stand sicher noch nicht gewährleistet.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Bauausschuss stimmt der Stadtrat mehrheitlich mit 7 Gegenstimmen der vorstehenden Auftragsvergabe zu.

* * *

mehrheitlich beschlossen
Ja 30 Nein 7

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

**685 Energetische Sanierung der Turnhalle der Altstädter Schule;
Baumeisterarbeiten;
Auftragsvergabe**

Vortrag:

Im Kommunalinvestitionsprogramm KIP – Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Bayern wurde die energetische Sanierung der Turnhalle der Altstädter Schule als Einzelmaßnahme mit aufgenommen.

Die Sanierung umfasst im Wesentlichen die energetische Erneuerung des Daches, der Fassade und der Fenster, sowie der Fußböden. Ebenso wird die Haustechnik komplett erneuert.

In Vollzug des Stadtratsbeschlusses Nr. 1118 vom 20.01.2012 wurden die Baumeisterarbeiten beschränkt nach § 3 Abs. 2 VOB/A in Verbindung mit § 3 a Abs. 2 VOB/A ausgeschrieben.

Es wurden 13 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert, die nach § 6 b Abs. 4 VOB/A die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzen und über ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel verfügen.

Zum Submissionstermin am 07.11.2017 lagen 3 Angebote vor.

Alle Angebote konnten geprüft und gewertet werden.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgte durch das Architekturbüro ghsw, Hof (rechnerische, fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung).

Danach ergeben sich folgende Angebotssummen:

1.	Fa. Ch. u. Hch. Feilner GmbH, 95233 Helmbrechts	344.907,95 €
2.	Fa. AS-Bau Hof GmbH, 95032 Hof	468.138,90 €
3.	Fa. Karl Roth GmbH, 95632 Wunsiedel	546.005,59 €

Die Maßnahme liegt im Rahmen der Gesamtkosten.

Die erforderlichen Mittel für die Durchführung der Maßnahme stehen auf der Haushaltsstelle 23020.94010 (KIP – Altstädter Schule) zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, den Auftrag für die Baumeisterarbeiten an die Firma Ch. u. Hch. Feilner GmbH, Bergstraße 5, 95233 Helmbrechts mit dem wirtschaftlichsten Angebot in Höhe der Angebotssumme von

344.907,95 €

inkl. Mehrwertsteuer zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Bauausschuss nimmt der Stadtrat einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung an und stimmt zu.

Während der Abstimmung befanden sich die Stadträte **W i e t z e l** und **K n i e l i n g** nicht im Abstimmungsraum.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

686 Ausbau der Äußeren Bayreuther Straße; Grundsatzbeschluss

Vortrag:

Im Jahr 2018 ist der Ausbau der Äußeren Bayreuther Straße ab Ernst-Reuter Straße (ca. 60 m über die Kreuzung August-Mohl-Straße hinaus) geplant. Für die Maßnahme werden bei der Regierung von Oberfranken Fördermittel beantragt.

Variantenuntersuchung

Im derzeitigen Ausbauzustand sind die Nebenflächen der Äußeren Bayreuther Straße im Ausbauabschnitt in Gehwegflächen, Stellplatz- sowie Grünflächen unterteilt. Die Führung des Radverkehrs erfolgt auf der Fahrbahn. Im Rahmen des im Generalverkehrsplanes 2011 aufgestellten Radverkehrskonzeptes der Stadt Hof, ist eine Ergänzung des Radverkehrsnetzes in der Äußeren Bayreuther Straße vorgesehen. Zur Umsetzung des Konzeptes wurden vier Varianten erarbeitet und gegenübergestellt. Die Wertung der einzelnen Varianten wird anhand folgender Kriterien erläutert.

1. Qualität Fußgängerverkehr
2. Qualität Radfahrerverkehr
3. Stellplatzsituation
4. Grünflächen
5. Fördersituation
6. Betriebs- und Unterhaltskosten
7. Verkehrssicherheit

Variante 1

Beidseitig gemeinsamer Geh- u. Radweg, beidseitig Park- und Grünstreifen mit Straßenbäumen

Fußgänger und Radfahrer müssen sich gemeinsam eine Verkehrsfläche teilen. Im Begegnungsfall muss situationsbedingt gehandelt werden. Die Anzahl der vorhandenen Stellplätze kann aufrechterhalten werden. Alle vorhandenen 12 Baumstandorte werden gehalten. Die Kosten für die Parkstreifen sind nicht förderfähig nach RZ Stra. Die Unterhaltungspflicht (Winterdienst, Reinigung) für den gemeinsamen Geh- und Radweg liegt bei den Anliegern. Es kann zu Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern kommen. Des Weiteren ist der Kreuzungsverkehr zu und aus Einfahrten und Garagen zu beachten.

Variante 2

Beidseitig getrennter Geh- und Radweg, ohne Parkstreifen, ohne Straßenbäume

Fußgänger und Radfahrer haben ihre eigene Verkehrsfläche. Der Begegnungsfall reduziert sich auf wenige Abschnitte/Punkte. Es entfallen ca. 24 Stellplätze und 12 Baumstandorte. Umfassende Förderfähigkeit ist gegeben. Die Unterhaltungspflicht für den Gehweg trifft die Anlieger, der Radweg ist durch die Stadt Hof zu unterhalten. Kaum Konfliktsituationen wegen Trennstreifen zur Fahrbahn und einer günstigen Radwegführung hinsichtlich der Zufahrten zu anliegenden Grundstücken. Offenes Sichtfeld, Verkehrsteilnehmer sind gut erkennbar und wahrnehmbar.

Variante 3

Beidseitig getrennter Geh- und Radweg, einseitig stadtauswärts mit Park- und Grünstreifen mit Straßenbäumen

Fußgänger und Radfahrer haben eigene Verkehrsflächen. Die Gesamtbreite entspricht allerdings der Variante 1. Gegenüber Fahrstreifen und Parkstreifen wird zusätzlich, gemäß Regelwerk, ein Sicherheitsstreifen vorgesehen. Da nur einseitig ein Parkstreifen erhalten bleibt, entfallen mindestens 12 Stellplätze. Es entfallen 7 von 12 Baumstandorten. Die vorhandenen Jungbäume können zwar „umgesetzt“ werden, dafür sind jedoch auch die dafür anfallenden Kosten zu berücksichtigen. Die Kosten für den Parkstreifen

sind nach RZ-Str nicht förderfähig. Die Unterhaltungspflicht für den Gehweg trifft die Anlieger. Der Radweg (farbig) ist durch die Stadt Hof zu unterhalten. Es erfolgt zwar eine Trennung zwischen motorisierten Verkehrsteilnehmern und Radfahrer, die Problematik hinsichtlich Kreuzungsverkehr zu und aus Einfahrten/Garagen besteht jedoch analog der Variante 1.

Variante 4

Beidseitig Park- und Grünstreifen mit Straßenbäumen, breite Gehwege, beidseitig Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf der Fahrbahn

Der Fußgänger erhält eine eigene großzügige Verkehrsfläche. Jugendliche Radfahrer (Kinder bis 10 Jahre) dürfen ebenfalls den Gehweg nutzen. Der Radfahrer bleibt im Bereich der Fahrbahn, wird jedoch auf Grund eines Fahrradschutzstreifens sicher geführt und der motorisierte Verkehr nimmt den Radfahrer „auf seiner Verkehrsfläche“ wahr und kann den Überholvorgang einleiten, sobald eine ausreichende Breite (kein Gegenverkehr) vorhanden ist. Die Anzahl der Stellplätze und der Baumstandorte kann weitgehend erhalten bleiben. Die Zufahrtssituation und die Sichtdreiecke bei den einmündenden Straßen müssen allerdings berücksichtigt werden. Die Baukosten für die Parkstreifen sind nicht förderfähig nach RZ-Str. Die Unterhaltungspflicht für den Gehweg trifft den Anlieger. Der Fahrradschutzstreifen wird, zusammen mit der Fahrbahn (Winterdienst/Reinigung), von der Stadt Hof unterhalten. Der Radfahrer ist auf dem Schutzstreifen gut wahrnehmbar. Gegenüber den parkenden Fahrzeugen wird ein Sicherheitsstreifen mit 0,50 m Breite vorgesehen, um auch bei der Öffnung einer Fahrzeurtür genügend Breite zum Ausweichen zu haben. Die beidseitigen Schutzstreifen verengen optisch die Fahrbahn. Dies trägt zu einer Verlangsamung des Kraftverkehrs bei.

Es wird derzeit geprüft, ob an der Kreuzung Äußere Bayreuther Straße/August-Mohl-Straße eine Lichtsignalanlage erforderlich ist. Die Ausbaurkosten, einschließlich einer Lichtsignalanlage, werden auf 920.000,00 € geschätzt. Die Mittel werden für das Jahr 2018 bei der Haushaltsaufstellung auf die Haushaltsstelle 63100.95070 Ausbau Äußere Bayreuther Straße angemeldet. In Auswertung der oben aufgeführten Kriterien wird als Vorzugsvariante die Variante 4 (beidseitige Radwegführung über Schutzstreifen) vorgeschlagen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wird gebeten,

1. einen Grundsatzbeschluss für eine grundlegende Erneuerung der Äußeren Bayreuther Straße ab der Ernst-Reuther-Straße bis 60 m über die Kreuzung August-Mohl-Straße hinaus zu fassen.
2. Dem Verwaltungsvorschlag (Variante 4) zuzustimmen, welcher beidseitig eine Radverkehrsführung über Schutzstreifen im Fahrbahnbereich vorsieht.

Aussprache:

Herr Stadtrat **U l s h ö f e r** ist der Meinung, dass es nun gelungen sei, ein positives und gutes Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu erreichen. Die Fußgänger könnten den Gehweg benutzen, die Radfahrer hätten einen extra ausgewiesenen, farblich gekennzeichneten Radweg links und rechts der Fahrbahn. Hierdurch entstünde auch eine optische Verkleinerung der Fahrbahn, was den Autofahrer dazu veranlassen würde, langsamer zu fahren. Auch die Belange der Anwohner seien berücksichtigt worden und mit dem Erhalt der Parkplätze könne man ein Verkehrschaos sicher vermeiden. Die CSU-Fraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Für Herrn Stadtrat **K e l l n e r** seien die vielen verschiedenen Interessen der Verkehrsteilnehmer und der Anwohner ausführlich diskutiert worden. Mit der jetzigen Variante hätten die Anwohner ebenfalls die Möglichkeit, ihre Autos dort zu parken. Man hätte eine halbwegs vernünftige Lösung, deren die SPD-Fraktion zustimmen könne.

Frau Stadträtin **B r u n s** hält fest, obwohl im Bauausschuss von ihr nicht zugestimmt werden konnte sei sie froh, dass nun eine gute Lösung mit der Variante vier gefunden worden sei. Die FAB-Fraktion stimme dem Vorschlag zu.

Herr Stadtrat **D r. S c h r a d e r** sei der Meinung, dass dieser Vorschlag auch als Vorlage für andere Straßenbauprojekte dienen könne. In erster Linie gehe es um die Verkehrssicherheit der Verkehrsteilnehmer und erst dann um die Parkplätze. Man hätte nun eine Trennung der Verkehrsteilnehmer und ausreichend Platz für die Fußgänger. Somit würden sich Radfahrer und Fußgänger auch nicht gegenseitig in die Quere kommen. Die Bäume würden ebenfalls erhalten bleiben, was für ihn ein wichtiges Kriterium sei, ebenso wie der Erhalt der Parkplätze. Das Experiment mit dem Fahrradschutzstreifen begrüße er, da es das bisher in Hof noch nicht gab.

Für Frau Stadträtin S c h o e r n e r hätte ebenfalls die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer oberste Priorität. Diese sei mit der Variante 4, die sie sehr begrüße, für alle gegeben. Der Fahrradschutzstreifen sei bereits in anderen Städten bewährt, daher sei sie sich sicher, dass es auch in Hof gut laufen werde. Besonders begrüße sie die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Äußere Bayreuther Str./August-Mohl-Straße, die nun auch entschärft werden wird.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt, auf Empfehlung des Bauausschusses, den Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig an.

Die Variantenübersicht (Variante 1- 4) bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
33 Stadtratsmitglieder	

**687 Bauleitplanung der Stadt Hof;
Aufstellung Bund-Länder-Programm Städtebauförderung - Teil II - Soziale Stadt -
Programmjahr 2018**

Vortrag:

Die ausgewählten Städte und Gemeinden in diesem Programm haben die Bedarfsmitteilung zur Aufstellung des Bund/Länder-Programms – Teil II - „Soziale Stadt“ – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm - EU-Ziel-2- Programm – Bereich Städtebauförderung - für das Programmjahr 2018 und die Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre 2019 - 2021 bis Dezember 2017 vorzulegen. Zum Antrag gehört ein zustimmender Beschluss des Stadtrates.

Der gesonderten Aufstellung für die Programmjahre 1999 – 2017 (Anlage 2) ist zu entnehmen, dass im Sanierungsgebiet Bahnhofsviertel insgesamt die beträchtliche Summe an Fördermitteln von **14.553.200,00 €** aus dem o. a. Förderprogramm bewilligt wurde. Davon sind bereits Maßnahmen mit Gesamtkosten von **11.233.600,00 €** durchgeführt und abgerechnet worden. Somit ergibt sich ein Differenzbetrag von rd. **3.319.600,00 €** (ungebundene Restmittel). Hiervon sind die bereits bewilligten förderfähigen Kosten in Höhe von 3.525.000,00 € abzuziehen (siehe Anlage 1). Der errechnete Differenz in Höhe von **205.400,00 €** stellt grundsätzlich den Betrag dar, der zusätzlich für neue Maßnahmen benötigt wird (siehe Anlage 1).

Durch den Wegfall von Mittelzuweisungen über das „Grundprogramm“ ergibt sich eine Verschiebung bei den Bewilligungen der Städtebaufördermaßnahmen durch die Regierung von Oberfranken. Maßnahmen in den Sanierungsgebieten des „Grundprogrammes“ werden durch Mittelzuweisungen aus dem Programm „Stadtumbau West“ und/oder der „Sozialen Stadt“ finanziert. So wurde z.B. die Sanierung der Gebäude Ludwigstraße 5-7 durch die Volkshochschule Hof/Land im Sanierungsgebiet VI - Maxplatz/Rathaus auch aus Mitteln der „Sozialen Stadt“ aus dem Jahr 2017 in Höhe von 3.525.000,00 € (= bereits bewilligte förderfähige Kosten; siehe Anlage 1 Nr. 1 „Anfinanzierte Maßnahmen“) finanziert.

Das Jahresprogramm 2018 ist vom Sanierungsträger aufzustellen und wurde mit den städtischen Fachbereichen Stadtkämmerei, Betriebswirtschaft, Finanzcontrolling, Beteiligungen sowie der Stadtplanung und weiteren Fachbereichen abgestimmt.

Der Mittelansatz für neue Maßnahmen (Anlage 1) beträgt im Jahr 2017 rd. **1.235.000,00 €**. Zuzüglich der Mittel für anfinanzierte Maßnahmen (**1.213.000,00 €** - vhs), Mittel für Maßnahmen mit Zustimmung zum vorzeitigen Beginn (**60.000,00 €**) und Maßnahmen mit gestelltem Bewilligungsantrag (**312.000,00 €**) ergibt sich ein Mittelbedarf von **2.820.000,00 €**. Zuzüglich des oben errechneten Betrages, der grundsätzlich für neue Maßnahmen benötigt wird (**205.400,00 €**), errechnet sich für das Programmjahr **2018** ein **Finanzbedarf** von

3.025.400,00 €

wozu Fördermittel aus dem o. a. Förderprogramm in Höhe von rd.

2.420.320,00 €

(= 80 %) erwartet werden.

In der Erläuterung zur Bedarfsmitteilung (Anlage 1) sind zunächst entsprechend den Städtebauförderungsrichtlinien 2007 die anfinanzierten Maßnahmen, die Maßnahmen mit Zustimmung zum vorzeitigen Beginn und darauf folgend Maßnahmen mit gestelltem Bewilligungsantrag aufgeführt. Danach folgen die neuen Maßnahmen.

Sollte aus nicht vorhersehbaren Gründen eine bestimmte Maßnahme in einem Programmjahr nicht verwirklicht werden können, so ist der Austausch - wie in den Vorjahren auch - mit einer gleichwertigen Maßnahme möglich. Die angeführten und geplanten Einzelmaßnahmen bedürfen jeweils einer besonderen Beschlussfassung des Stadtrates und der Zustimmung der Bewilligungsstelle bei der Regierung von Oberfranken.

Beschlussvorschlag:

Es wird empfohlen,
die Zustimmung zur Bedarfsmittelteilung 2018 mit den Fortschreibungsjahren 2019 bis 2021 zu erteilen.

Die Erläuterungen zur Bedarfsmittelteilung (Anlage 1) und die Liste der durchgeführten Maßnahmen (Anlage 2) bilden Beschlussbestandteile.

Aussprache:

Herrn Stadtrat U l s h ö f e r stellt fest, dass bereits über 30 Millionen Euro aus den Mitteln der Städtebauförderung in die Stadt Hof geflossen seien. Dies belege die Bedeutung, die die Städtebauförderung für die Stadt Hof hätte. Die anstehenden städtebaulichen Herausforderungen könnten nur mit Hilfe der Städtebauförderung, der IMPULS-Projekte oder anderer Förderprogramme bewerkstelligt werden. Das wichtigste und dringendste Problem sei der demografische Wandel. Um die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu erhalten müsse man sich dringend den Herausforderungen einer schrumpfenden Bevölkerung stellen, die nun mit den vorgelegten Maßnahmen offensiv angegangen würden.

Es stünden viele Maßnahmen an, daher sei er sich sicher, dass die Arbeit so schnell nicht ausgehen werde und versichert die Zustimmung der CSU-Fraktion zur Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat K e l l n e r erläutert, dass der Maßnahmenkatalog nur eine Wunschliste mit Maßnahmen sei, die man in den nächsten Jahren gerne realisieren wolle. Die Regierung von Oberfranken würde aus allen Kommunen diese Wünsche sammeln und dann erst den Mittelplan aufstellen. Er sei der Meinung, dass man, wie alle Jahre, diesen Maßnahmen zustimmen könne, da jede Maßnahme für sich noch einmal im Stadtrat beschlossen werden müsse, sobald die Umsetzung anstünde.

Frau Stadträtin B r u n s verdeutlicht, dass dieses Förderprogramm ein Rahmenplan bzw. eine Absichtserklärung sei, was man gerne umsetzen möchte. Für das Jahr 2018 würde man ca. 12 Millionen Euro beantragen. Welche Projekte die Stadtverwaltung angehen möchte und dem Stadtrat vorlegt entscheide diese, daher möchte sie noch einmal darauf hinweisen, dass die aufgeführten Maßnahmen noch lange nicht auf den Weg gebracht seien, wie z. B. die Quartiersgarage. Immerhin hätte man hier eine Absichtserklärung. Wie Herr Kellner bereits gesagt hätte, sei es ein Wunschkonzert und am Ende des nächsten Jahres könne man sehen, wie weit man gekommen sei.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Bauausschuss schließt sich der Stadtrat der Empfehlung an und stimmt dem vorstehenden Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Die Erläuterungen zur Bedarfsmittelteilung (Anlage 1) und die Liste der durchgeführten Maßnahmen (Anlage 2) bilden Beschlussbestandteile.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
33 Stadtratsmitglieder	

688 Integriertes Stadtentwicklungskonzept;
1. Aufstellung Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm,
Teil III - Stadtumbau West – Programmjahr 2018
2. Sachstandsbericht zu einzelnen Maßnahmen

Vortrag:

1. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm – Teil III – Stadtumbau West – Programmjahr 2018

Am 14.09.2007 hat der Stadtrat das Stadtumbaugebiet für das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm, Teil III, Stadtumbau West beschlossen (Beschluss Nr. 1237). Die Festsetzung des Programmgebietes sowie der Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) vom 24.11.2006 (Nr. 1027) gelten als Voraussetzungen für die Förderung der einzelnen Maßnahmen, welche auf dem ISEK basieren und innerhalb des Programmgebietes durchgeführt werden. Im Stadtumbaugebiet sind nahezu alle geplanten und lokalisierbaren Projekte enthalten.

Die für dieses Programm ausgewählten Städte und Gemeinden haben bis Dezember 2017 die Bedarfsmittel zur Aufstellung des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms, Teil III - Stadtumbau West für das Programmjahr 2018 und die Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre 2019 - 2021 vorzulegen. Durch die Zusammenfassung aller Anträge wird dem Bayerischen Staatsministerium des Innern (Oberste Baubehörde) ermöglicht, den Förderrahmen für das Programmjahr und die drei folgenden Fortschreibungsjahre festzulegen.

In den Programmjahren 2004 - 2017 sind Fördermittel in Höhe von insgesamt **11.380.000 €** aus dem o.a. Förderprogramm bewilligt worden. Hiervon wurden Maßnahmen mit Gesamtkosten in Höhe von 7.621.000 € durchgeführt und abgerechnet. Somit ergibt sich ein Differenzbetrag von 3.759.000 €, welcher die ungebundenen Restmittel aus Stadtumbau West darstellt. Zu diesen Restmitteln sind die ungebundenen Restmittel aus dem ehemaligen Grundprogramm (147.200 €) hinzuzurechnen. Es ergibt sich eine Gesamtsumme der ungebundenen Restmittel in Höhe von **3.906.200 €** (Anlage 2). Von der Gesamtsumme der ungebundenen Restmittel sind die bereits bewilligten förderfähigen Kosten (2.945.000 €) abzuziehen. Der daraus errechnete Betrag in Höhe von **961.200 €** stellt grundsätzlich den Betrag dar, der für neue Maßnahmen zur Verfügung steht (Anlage 1).

Die Bedarfsmittel 2018 der Stadt Hof wurde federführend vom Fachbereich Stadtplanung erstellt und in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Stadtkämmerei, Betriebswirtschaft, Finanzcontrolling, Beteiligungen und den weiteren Fachbereichen abgestimmt.

In der Erläuterung zur Bedarfsmittel (Anlage 1) sind zunächst entsprechend den Städtebauförderungsrichtlinien 2007 jene Maßnahmen aufgeführt, die anfinanziert sind. Es folgen die Maßnahmen, für die bereits eine Zustimmung der Regierung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn vorliegt sowie Maßnahmen, für die bereits Bewilligungsanträge gestellt worden sind. Die Summe der Kosten dieser Maßnahmen für das Jahr 2018 beträgt **5.474.700 €** (Anlage 1, Zeilen 1 bis 26). Weiterhin sollen neue Maßnahmen in Höhe von **7.733.000 €** durchgeführt werden (Anlage 1, Zeilen 27 bis 102).

Es ergibt sich damit für das Programmjahr 2018 insgesamt ein Mittelbedarf von **13.207.700 €**. Abzüglich der Differenz der ungebundenen Restmittel und der bereits bewilligten förderfähigen Kosten in Höhe von **961.200 €** (Anlage 1, Zeile 106) entsteht für 2018 ein Finanzbedarf von

12.426.700 €

wozu bei einer 80%igen Förderung durch das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm, Teil III - Stadumbau West Fördermittel in Höhe von

9.941.360 €

erwartet werden.

Sollte aus nicht vorhersehbaren Gründen eine bestimmte Maßnahme in einem Programmjahr nicht verwirklicht werden können, so ist der Austausch – wie in den Vorjahren auch – mit einer gleichwertigen Maßnahme möglich. Die angeführten und geplanten Einzelmaßnahmen bedürfen jeweils einer besonderen Beschlussfassung des Stadtrates und der Zustimmung der Bewilligungsstelle bei der Regierung von Oberfranken.

Von der Regierung von Oberfranken wurde Mitte des Jahres ein Muster für ein weiteres kommunales Förderprogramm erarbeitet. Das Programm dient der Förderung privater Vorhaben zur Beseitigung innerörtlicher Leerstände in der Förderoffensive Nordostbayern. In dem kommunalen Förderprogramm sollen insb. kleinere Maßnahmen Privater gefördert werden. Nach Zuweisung eines Jahresbudgets für die Kommune durch die Regierung von Oberfranken prüft die Kommune den Antrag des Privaten eigenständig und bewilligt dem Privaten die Mittel selbständig.

Die Kosten für die Erstellung des Sanierungsleitfadens, der Beratung privater Bauherren sowie die Maßnahmen an sich werden in die Bedarfsmittelteilung für das Programmjahr 2018 aufgenommen.

2. Sachstandsbericht zu einzelnen Maßnahmen

Mit Beschluss des Stadtrates Nr. 1027 vom 24.11.2006 über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde festgelegt, jährlich über den aktuellen Stand der Impulsprojekte zu berichten. Dies erfolgte zuletzt Ende November 2016. Aufbauend auf den Ergebnissen des Rahmenplanes „Stadtteilkonzept Kernstadt“ aus dem Jahr 2010 ist seit dem Programmjahr 2011 ein deutlicher Schwerpunkt in den Bereich Kernstadt gesetzt worden. Es wurden im Rahmenplan über 60 Einzelprojekte erarbeitet. Seit 2011 werden diese Einzelprojekte sukzessive bearbeitet.

Für die Erstellung der Sachstände zu den einzelnen Maßnahmen hat sich der Fachbereich Stadtplanung auf die Zuarbeit und die fachlichen Aussagen der dafür zuständigen Projektverantwortlichen gestützt. Der jeweilige Fortschritt des Projektes kann den Formblättern entnommen werden.

In der Anlage 3 wird der aktuelle Entwicklungsstand der einzelnen Maßnahmen der Impulsprojekte des ISEKs und des Rahmenplans Kernstadt durch die Projektverantwortlichen beschrieben sowie der Mittelbedarf für das Haushaltsjahr 2018 angegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird empfohlen, die Zustimmung zur Bedarfsmittelteilung 2018 mit den Fortschreibungsjahren 2019 bis 2021 für das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm, Teil III - Stadumbau West zu erteilen.
2. Es wird empfohlen, ein kommunales Förderprogramm für die Förderung privater Vorhaben zur Beseitigung innerörtlicher Leerstände in der Förderoffensive Nordostbayern aufzulegen.
3. Der Sachstandsbericht (Anlage 3) zu den einzelnen Maßnahmen des ISEKs und des Rahmenplans Kernstadt wird zur Kenntnis genommen und befürwortet.

Die Erläuterungen zur Bedarfsmittelteilung (Anlage 1), die Liste der durchgeführten Maßnahmen (Anlage 2) und der Sachstandsbericht (Formblätter) zu den einzelnen Maßnahmen (Anlage 3) bilden Bestandteile des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Bauausschusses stimmt der Stadtrat einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Während der Abstimmung befand sich Frau Stadträtin **W u n d e r l i c h** nicht im Sitzungssaal.

Die Erläuterungen zur Bedarfsmitteilung (Anlage 1), die Liste der durchgeführten Maßnahmen (Anlage 2) und der Sachstandsbericht (Formblätter) zu den einzelnen Maßnahmen (Anlage 3) bilden Bestandteile des Beschlusses.

*** * ***

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
33 Stadtratsmitglieder	

689 Bauleitplanung der Stadt Hof;

1. Änderung des einfachen Bebauungsplanes „Regelung der Zulässigkeit von Spielhallen in einem Teilgebiet der Innenstadt I“ in einem Teilbereich

2. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „VEP Quartier am Strauß“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

ZWEITER BILLIGUNGS- UND AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Vortrag:

Lage des Plangebietes

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 2,6 ha und liegt im Bereich der Innenstadt südlich der Altstadt zwischen Schillerstraße, Bismarckstraße, Friedrichstraße und Marienstraße. Es bildet den End- bzw. Anfangspunkt des sogenannten „Hofer Rückgrates“ (Rahmenplan Kernstadt 2010); den von Bismarckstraße, Altstadt und Ludwigstraße gebildeten zentralen Erlebnisbereich der Hofer Innenstadt.

Die genaue Abgrenzung und die betroffenen Flurnummern sind dem Bebauungsplanentwurf zu entnehmen.

Anlass und Erforderlichkeit der Planung

Anlass der Planungen ist das konkrete Planungsvorhaben eines Investors, das Bestandsgebäude des ehemaligen Zentralkaufs abzurechen, um an dieser Stelle ein Einkaufszentrum mit einer Verkaufsfläche von max. 12.000 m² sowie 2.500 m² Dienstleistungs- und Gastronomieflächen anzusiedeln. In diesem Zusammenhang wird auch der Busbahnhof neu konzipiert. Für die Schaffung der bau- und planungsrechtlichen Voraussetzungen wird ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt. Die Bauflächen werden als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Einkaufszentrum festgesetzt.

Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Stadt Hof, in Kraft seit dem 31.10.1984, wurde durch ein separates Verfahren geändert. Die Änderung des Flächennutzungsplanes ist seit 16.10.2017 wirksam und stellt für das Plangebiet nunmehr „Sondergebiet Einkaufszentrum“ dar.

Als Vorhabenträger tritt auf:

Fa. Hof Galerie S. A.

Vertreten durch die Luxembourg Investment Group LIG S. A.

Vertreten durch den Vorstand Herrn Vladimir Volkov

19 rue de Bitbourg, L-1273 Luxembourg

Grand-Duché de Luxembourg

Das Bauleitverfahren hat bislang folgende Verfahrensschritte durchlaufen:

1. Aufstellungsbeschluss des Stadtrats vom 23.01.2017, Nr. 529.
Amtliche Bekanntmachung in der „Frankenpost“ am 01.02.2017
2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB aufgrund Schreibens vom 08.06.2017
3. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vom 21.06.2017 bis 14.07.2017
Amtliche Bekanntmachung in der „Frankenpost“ am 14.06.2017

4. Billigungs- und Auslegungsbeschluss des Ferienausschusses vom 29.08.2017, Nr.: 218
5. Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und reguläre Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
in der Zeit vom 07.09.2017-09.10.2017
Amtliche Bekanntmachung in der „Frankenpost“ vom 30.08.2017

Erfordernis der zweiten Auslegung:

Die zweite öffentliche Auslegung wird nötig, da im Rahmen der regulären Behördenbeteiligung der Hinweis gegeben wurde, dass bei der Nutzungsgrenze zum Kerngebiet an der Außenkante des Gebäudes eine Baulinie im Bebauungsplan darzustellen ist.

Bei einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan muss der Bauantrag exakt dem Bebauungsplan und dem Vorhaben- und Erschließungsplan folgen.

Aus diesem Grund ist eine Baulinie bei den genannten Bereichen im vorhabenbezogenen Bebauungsplan festzusetzen.

Durch diese Änderungen wird eine erneute Auslegung des Bebauungsplanes notwendig.

Der nächste Verfahrensschritt ist die zweite verkürzte öffentliche Auslegung gem. § 4 a Abs. 3 BauGB der Planunterlagen für die Dauer von zwei Wochen. Während der zweiten verkürzten Auslegung können nur Stellungnahmen zu den Änderungen abgegeben werden.

Beschlussvorschlag:

Es wird empfohlen:

1. die Änderung des einfachen Bebauungsplanes „Regelung der Zulässigkeit von Spielhallen in einem Teilgebiet der Innenstadt I“ in einem Teilbereich
zu beschließen,
 2. den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „VEP Quartier am Strauß“ und die Begründung mit Umweltbericht
zu billigen
- und
3. die zweite öffentliche Auslegung gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „VEP Quartier am Strauß“ **zu beschließen.**

Folgende Unterlagen bilden Beschlussbestandteile:

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan, M 1:500 (Stand: 17.11.2017)
- Begründung mit Umweltbericht (Stand: 17.11.2017)
- Vorhabenbeschreibung (Stand: 03.05.2017)
- Vorhaben- und Erschließungspläne (Stand: 16.11.2017)
 - Erschließungsplan und Grundriss EG 1 mit Darstellung des Busbahnhofes, M 1: 750
 - Grundriss EG 2, M 1:750
 - Grundriss Parkgeschoss 1, M 1:750
 - Grundriss Parkgeschoss 2, M 1:750
 - Schnitte, M 1:500 (unverbindliche Veranschaulichung)
 - Ansichten, M 1: 500 (unverbindliche Veranschaulichung)
- Zu ändernder Bebauungsplan DIN A4

Aussprache:

Herr Stadtrat U l s h ö f e r unterstreicht, dass bei auftretenden Problemen während der Bauphase der Hof-Galerie in guter Zusammenarbeit zwischen dem Bauherren und dem Investor schnellstmöglich nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden würde. Die Verwaltung Sorge ihrerseits dann für die unverzügliche juristische Umsetzung dieser Lösungen, wie hier bei der aktuellen Änderung der Baulinien, die sich in der Bauleitplanung ergeben hätten. Wichtig sei, dass das Projekt zügig durchgeführt werden könne; dafür hätten die Verantwortlichen alles getan. Die Hof-Galerie werde einmal ein Leuchtturm für den Einzelhandel über die Stadtgrenzen hinaus sein und man freue sich auf das Kommende.

Herr Stadtrat K e l l n e r sei der Meinung, dass diese Neuauslegung in erster Linie dem Bauantragsteller helfen würde, da damit die neu vermessenen Abstandsflächen juristisch abgesichert seien. Weiterhin würde er auch davon profitieren, dass dieser neue vorhabenbezogene Bebauungsplan kurzfristig ausgelegt werden würde. Nun hätte er die Möglichkeit, seinen Bauantrag baldmöglichst zu stellen.

Her Stadtrat M e r i n g e r erklärt, dass er ein großer Befürworter dieses Projektes sei. Man hätte alles Mögliche für dieses Projekt getan, gerade hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit und Einbeziehung der betroffenen Geschäfte. Er hält fest, dass optimale Stadtentwicklung immer Vor- und Nachteile hätte. Man könne eine dramatische Veränderung im Einkaufsverhalten des Konsumenten beim Einzelhandel erkennen. Derzeit würden Gerüchte durch die Stadt gehen, ob nicht bei einer veränderten Situation hinsichtlich der Belegung der Hof-Galerie ein zentraler Busbahnhof und eine Grünfläche im Bereich des alten Zentralkaufs entstehen soll, um einen Überhang an Einkaufsflächen und die drohende Verlagerung der Gesamtentwicklung von Hof zu verhindern. Er fragt nach, ob diese Gerüchte auch dem Oberbürgermeister bekannt sind.

Oberbürgermeister D r . F i c h t n e r antwortet, dass er sich nicht zu Gerüchten äußern würde. In einem anderen Zusammenhang hätte er gesagt, dass manche Menschen das gerne hätten, was eben nicht vorhanden sei. Wie oft sei man beim Anblick der Ruine darauf angesprochen worden, wann denn endlich ein neues Geschäft kommen würde. Nun würden solche anderen Gerüchte aufkommen. Das Ziel sei es, die Innenstadt insgesamt zu stärken und dabei auch die anderen Einkaufsstraßen wie die Ludwigstraße oder die Altstadt mit einzubeziehen. Hierzu würden auch der Neubau der VHS oder der Rathausanbau zählen sowie bauliche Veränderungen von der Altstadt zum Oberen Tor.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt, nach Vorberatung im Bauausschuss, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Folgende Unterlagen bilden Bestandteile dieses Beschlusses:

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan, M 1:500 (Stand: 17.11.2017)
- Begründung mit Umweltbericht (Stand: 17.11.2017)
- Vorhabenbeschreibung (Stand: 03.05.2017)
- Vorhaben- und Erschließungspläne (Stand: 16.11.2017)
 - Erschließungsplan und Grundriss EG 1 mit Darstellung des Busbahnhofes, M 1: 750
 - Grundriss EG 2, M 1:750
 - Grundriss Parkgeschoss 1, M 1:750
 - Grundriss Parkgeschoss 2, M 1:750
 - Schnitte, M 1:500 (unverbindliche Veranschaulichung)
 - Ansichten, M 1: 500 (unverbindliche Veranschaulichung)
- Zu ändernder Bebauungsplan DIN A4

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner zugleich Vortragender
33 Stadtratsmitglieder	

**690 Ersatzbeschaffung einer Eisbereitungsmaschine für die Städt. Kunsteisbahn;
Genehmigung der Ausschreibung im Jahr 2017 und Bereitstellung von
Außerplanmäßigen Mitteln im Haushaltsjahr 2017**

Vortrag:

Die auf der städt. Kunsteisbahn vorhandene Eisbereitungsmaschine „ZAMBONI 500“, Baujahr 1994, ist verschlissen. Eine Kostenschätzung der Fa. ZÜKO für eine Generalsanierung der Maschine beläuft sich auf ca. 40.000 €. Die Generalsanierung wird weder von der Fa. ZÜKO noch vom städtischen Bauhof befürwortet, so dass für die geplante Inbetriebnahme der neuen Kunsteisbahn im Dezember 2018 eine neue Eisbereitungsmaschine benötigt wird. Nach aktuellen Aussagen der Hersteller besteht derzeit eine Lieferzeit für Eisbereitungsmaschinen von 10 bis 12 Monaten. Aufgrund dessen ist eine Ausschreibung noch in 2017 durchzuführen. Da man in der Vergangenheit von Lieferzeiten von 6 bis 8 Monaten ausgegangen ist, wurden in den Haushalt 2017 keine Mittel für eine Ersatzbeschaffung einer Eisbereitungsmaschine eingestellt. Für eine Ausschreibung in 2017 ist daher die Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln Voraussetzung.

Beschlussvorschlag:

Der Fachbereich Schulen und Sport schlägt daher vor:

1. Die Ausschreibung einer neuen Eisbereitungsmaschine in 2017 wird genehmigt.
2. Für die Ersatzbeschaffung einer neuen Eisbereitungsmaschine werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 140.000 € auf HSH. 56010.93511 im Haushalt 2017 bereitgestellt. Die Mitteldeckung erfolgt über Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 90000.01000 (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer). Im Rahmen des Abschlusses des Haushaltsjahres 2017 wird bei 56010.93511 ein entsprechender Haushaltsausgaberesultat gebildet.

Aussprache:

Frau Stadträtin B i e r erklärt, dass die CSU-Fraktion über den heutigen Beschluss sehr froh sei. Nachdem eine Generalsanierung nicht empfohlen worden sei, sei es wichtig, dass die Ausschreibung schnellstmöglich erfolge. Es müsse garantiert sein, dass nach der Eröffnung eine einwandfreie Eisfläche erstellt werden könne. Es wäre ein Alptraum, wenn es aufgrund einer veralteten Eismaschine zu Problemen bei der Eröffnung kommen würde und setze hiermit ein deutliches Zeichen für die Neugestaltung des Begegnungs- und Freizeitsportzentrums Am Eisteich. Die CSU-Fraktion gehe nach wie vor von einer Fertigstellung bis Ende 2018 aus und stimme der Vorlage einstimmig zu.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses nimmt der Stadtrat einstimmig den Beschlussvorschlag an.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
33 Stadtratsmitglieder	

691 Teilnahme des Ortssprechers an nichtöffentlichen Sitzungen

Information:

Im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 30.10.2017 stellte Frau Stadträtin **B r u n s** die Frage, ob der Ortssprecher, Herr Bogler, berechtigt sei, auch an nichtöffentlichen Sitzungen teilzunehmen.

Oberbürgermeister **D r . F i c h t n e r** verliest hierzu folgende Antwort der Verwaltung:

„Dem Ortssprecher ist gem. Art. 60 a Abs. 2 der Gemeindeordnung das ausdrückliche Recht eingeräumt, an allen (also an öffentlichen und nichtöffentlichen) Sitzungen des Stadtrates mit beratender Stimme teilzunehmen und Anträge zu stellen.“

Die Praxis der Stadt Hof ist somit rechtlich nicht zu beanstanden.“

Der Stadtrat nimmt von der Information wohlwollend Kenntnis.

* * *

zur Kenntnis genommen

g.w.v.

Dr. Harald Fichtner
Oberbürgermeister

Ute Schörner-Kunisch
Schriftführerin